

JAHRESBERICHT 2015



¹ Bilder: BGV

Porträt	6
Das Wirtschaftsjahr 2015	7
Vernehmlassungen und Abstimmungen	15
Verbandsaktivitäten	26
Bericht der AHV-Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie in Graubünden/Glarus	29
Jahresrechnung 2015	31
Revisorenbericht 2015	34
Verbandsorganisation 2015	35

VERABSCHIEDUNG VON LUDWIG LOCHER



VERABSCHIEDUNG VON LUDWIG LOCHER, PRÄSIDENT HANDELSKAMMER UND ARBEITGEBERVERBAND GRAUBÜNDEN, 2000 – 2015

(Kurzfassung der Verabschiedung durch Präsident Heinz Dudli)

Ludwig Locher wurde im Jahre 1993 zu einer Zeit in den Vorstand gewählt, in welcher die politische Diskussion stark von den Themen EWR/Bilaterale Verträge, Umwelt, Verkehr, Wasserkraft/Energie, Alpenkonvention, Libe-

ralisierung, Raumplanung, Steuern und Fachhochschulen geprägt war. Dank seiner profunden Kenntnisse in diesen verschiedenen Politikbereichen und seiner reichhaltigen Erfahrung als Werksleiter der Ems Chemie AG wurde Ludwig Locher sehr schnell zu einem «Opinionleader» innerhalb des Vorstandes. Und obwohl bei der Handelskammer seit jeher das ungeschriebene Gesetz galt, dass das Präsidium nicht einem Vertreter der Ems Chemie AG übertragen werden sollte, war Ludwig Locher im Jahre 2000 klar prädestiniert, die Nachfolge von Otto Beck als

Präsident anzutreten. Dies war ein Novum auch insofern, als das Handelskammerpräsidium stets in Reihen der FDP gehalten wurde und es fast undenkbar erschien, diesen prestigeträchtigen Posten einem CVPLer zu überlassen. Dies zeigt, welches tiefe Vertrauen die Handelskammer in Ludwig Locher hatte, dass er die Handelskammer zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft und nicht als Vertreter der Ems Chemie AG führen würde. Seine stets mutige und eigenständige Haltung haben die Mitglieder der Handelskammer Ludwig Locher mit einer viermaligen Wiederwahl zum Präsidenten verdankt.

Ludwig Locher ging Probleme stets mit hohem Praxisbezug an. Er versteht es zu erkennen, was wichtig, realisierbar und Erfolg versprechend ist. Darauf fokussiert er sich. Trotz dieser sehr pragmatischen Eigenschaften entwickelte Ludwig Locher auch stets Ideen und Visionen, welche über das laufende Geschehen hinausgingen. Er hat ein gutes Gespür für künftige mögliche Entwicklungen, was auch seine Entscheidungen stets beeinflusste, ohne indessen die Realität zu verlassen. Hervorragend verstand er es, im Umfeld eines Problems die richtigen

Player zusammenzubringen, um so innert nützlicher Frist optimale Entscheidungen herbeizuführen. In seiner stillen und bescheidenen Art war er stets souverän und kameradschaftlich. Trotzdem verstand er es, die Probleme und Anliegen pointiert auf den Punkt zu bringen, den Handlungsbedarf aufzuzeigen und seine Anliegen zu deponieren. All dies fand auch stets Niederschlag in seinem Engagement für die Wirtschaft und die Handelskammer. So erstaunt es nicht, dass auch die Politik immer wieder ihr Fett abbekam und pointierte Kritik einstecken musste, wenn sie sich nach Ludwig Lochers Überzeugung nicht in die richtige Richtung, zu langsam oder zu wenig beherzt bewegte.

So etwa seine Aussagen anlässlich der GV 2008 bei der Übergabe des politischen Manifests der Dachorganisationen an die Regierung:

«Noch in vermehrtem Ausmass als bisher wird es notwendig sein, unsere wirtschaftliche Leistung anstelle von subventionierter Leistung in den Vordergrund zu stellen. Wir werden zwar weiterhin Bundesbern unsere spezielle Situation und Betroffenheit aufzeigen und hierfür gerechte Kompensationen und Abgeltungen verlangen müssen. Dabei wollen wir innerhalb des Kantons uns auf das längerfristige Wichtige als auf das kurzfristig Mögliche fokussieren. Dazu muss vermehrt auch Unangenehmes angesprochen und das politische Rollenverständnis auf allen Stufen sauber wahrgenommen wer-

den, indem z. B. der Grosse Rat primär den Anliegen des Kantons und nicht den Interessen seiner Herkunfts- und Wohnregion verpflichtet ist. Wir von der Wirtschaft würden es nämlich ausserordentlich begrüessen, wenn wir genau wüssten, wer nicht nur vor den Wahlen, sondern auch während der Legislatur wirklich auch wirtschaftsfreundlich ist.»

Wer solch klare Worte verwendet, macht sich nicht immer nur Freunde. Es gab auf diese Aussagen vom Parlament auch harsche Kritik. Aber diese Tonalität ist bisweilen notwendig, wenn etwas bewegt werden und nicht nur «Schulterklopf-Kumpanei» gepflogen werden soll. Und dies, lieber Ludwig, hast du stets getan, nie polemisch oder beleidigend, aber laut und deziert genug, um die Forderungen zu platzieren.

Viele wichtige Vorlagen, Vernehmlassungen und Abstimmungskampagnen haben Ludwig Lochers Handschrift mitgetragen, so z. B. die Destinationsbildung/Tourismusreform, die Marke «graubünden» (statt Marke «Bündnerland»), das wirtschaftspolitische Manifest, die Gebietsreform-Initiative «Starke Gemeinden – starker Kanton» (erstmalige Koalition der Dachorganisationen mit den linken Kreisen, SP und Gewerkschaftsbund), das Tourismusabgabegesetz (vermutlich das erste Mal in der Geschichte der Handelskammer, dass sich diese für die Einführung einer Abgabe eingesetzt hat, dies in der Überzeugung, dass die

Branche gesamthaft gestärkt werden muss), die Ablehnung Informatikerschule etc.

Für all dies, vor allem aber für deine Kameradschaft, dein mitfühlendes, auch in Zeiten starker Herausforderungen stets freundliches und hilfsbereites Wesen gebührt dir Dank und Respekt. Wir haben zwar Verständnis, dass du jetzt endlich kürzertreten und mehr Zeit deiner Familie schenken möchtest – mehr Zeit mit deiner Frau Ines verbringen möchtest, die für deine vielen Verpflichtungen stets Verständnis hatte. Auch ihr gilt unser Dank. Aber wir lassen dich sehr ungerne ziehen, aus fachlichen und menschlichen Gründen. Und damit du uns auch weiterhin verbunden bleibst, stelle ich hiermit der Generalversammlung den Antrag, dich mit einem kräftigen Applaus zum Ehrenmitglied zu ernennen. Vielen Dank, Ludwig, für alles, was du für unseren Verband geleistet hast.

PORTRÄT



WER WIR SIND

Handelskammer und Arbeitgeberverband ist ein branchenübergreifender Wirtschaftsverband, dessen Mitglieder sich vornehmlich aus Industrie, Handel und Dienstleistung rekrutieren.

Der Vorstand besteht aus 25 Spitzenleuten aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Tourismus. Dieser bestimmt die Richtlinien der Verbandspolitik.

WOFÜR WIR UNS STARK-MACHEN

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden bezweckt die Vertretung und die Förderung der Interessen der Wirtschaft aus Handel,

Industrie, Dienstleistung, Tourismus sowie freien Berufen gegenüber Bund, Kanton, Öffentlichkeit und anderen Organisationen unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten. Handelskammer und Arbeitgeberverband setzt sich für die branchenübergreifenden Interessen der Arbeitgeberschaft und für einen konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandort Graubünden ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden macht sich stark für möglichst günstige Rahmenbedingungen für die gesamte Wirtschaft und setzt sich für eine privatwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik auf regionaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene ein.

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden engagiert sich für:

- günstige Rahmenbedingungen für die Bündner Wirtschaft
- geordnete politische Verhältnisse
- eine niedrige Steuer- und Gebührenbelastung
- eine unternehmensfreundliche Raumplanungs- und Verkehrspolitik
- ein hohes Bildungsniveau und wirtschaftsnahe Bildungsinhalte
- eine freiheitliche Energiepolitik

– eine liberale Aussenwirtschaftspolitik

Die Vertretung der Interessen der Mitglieder erfolgt durch Tätigkeiten in Kommissionen und politischen Gremien, durch Mitwirkung bei Vernehmlassungen sowie durch Vorstösse und persönliche Kontakte. Wir nehmen Stellung zu allen wichtigen Fragen der Wirtschaftspolitik im Kanton Graubünden.

Im Vordergrund der politischen Arbeit von Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden stehen die Aktivitäten im Kanton Graubünden. So engagieren wir uns auch bei Wahlen und Abstimmungen, geben Empfehlungen ab und wirken in Kampagnen mit.

Ferner erbringt Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden folgende Dienstleistungen:

- Ursprungszeugnis- und Beglaubigungsdienst
- Exportberatungen
- Kontaktvermittlungen
- Rechtsauskünfte an Mitglieder
- HK-News und -Mitteilungen an Mitglieder

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2015

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2015 INTERNATIONAL

Das Wachstum der Weltwirtschaft hat sich 2015 etwas abgeschwächt. Ausschlaggebend hierfür waren neben China, wo das Wirtschaftswachstum erstmals seit vielen Jahren unter 7 % fiel, in erster Linie die Schwellenländer, die kaum mehr Wachstumsimpulse lieferten. Auch andere ölproduzierende Länder litten zunehmend unter dem eindrücklichen Preiszerfall des Öls, der im Juni 2014 bei einem Stand von 115 US-Dollar (USD) pro Barrel eingesetzt hatte. In den USA setzte sich die 2011 in Gang gekommene Erholung mehr oder weniger kontinuierlich fort, sodass die Wirtschaft 2015 dort mit rund 2,5 % ähnlich stark gewachsen ist wie schon 2014. Insbesondere der private Konsum und die Investitionen verzeichneten ansehnliche Zunahmen. Die Arbeitslosenquote fiel sukzessive auf rund 5 % bis Ende Jahr. Im Vereinigten Königreich verlief die Entwicklung ähnlich positiv. Japan ist es hingegen auch 2015 nicht gelungen, entscheidend aus der jahrelangen Stagnation auszubrechen. Der Euroraum schwenkte nach der Rezession im Jahr 2012 nur langsam auf einen moderaten Wachstumspfad ein, wobei sich die

lange Zeit sehr heterogene Entwicklung in den einzelnen Ländern 2015 etwas anglich. Mittlerweile haben nämlich einige der sogenannten Krisenländer die Rezession auch überwunden und befinden sich auf Erholungskurs. Das beste Beispiel hierfür ist Spanien. Eine Ausnahme bildet nach wie vor Griechenland. In Italien und Frankreich waren die BIP-Zuwachsraten kleiner als in Spanien, aber auch hier weisen diese tendenziell stetig leicht nach oben. Deutschland verzeichnete 2015 ein Wirtschaftswachstum von rund 1,5 %. Die Arbeitslosenquote hat sich im Euroraum auch etwas reduziert, bleibt aber immer noch sehr hoch.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2015 IN DER SCHWEIZ

Die Schweizer Wirtschaft wurde durch die massive Aufwertung des Frankens nach Aufhebung des Mindestkurses zum Euro ausgebremst. Der Frankenschock belastete vor allem den Aussenhandel und den Tourismus sowie mit gewisser Verzögerung auch die Investitionen. Weniger stark betroffen von der Frankenstärke waren Exportunternehmen, die hochspezialisierte Pro-

dukte anbieten. Viele Firmen mit Hauptabsatzgebiet Euroraum sowie das Tourismusgewerbe versuchten im sonst schon schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld mit Preissenkungen wenigstens den mengenmässigen Absatz (Marktanteile) zu halten. Dadurch kamen allerdings die Gewinnmargen unter Druck, was bei der anhaltenden Planungsunsicherheit in Bezug auf Währungsentwicklung und auch Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die Investitionsneigung belastete. Dank des robusten privaten Konsums konnte jedoch eine Rezession vermieden werden. Insgesamt ist die Schweizer Wirtschaft 2015 um 0,9 % gewachsen (2014: +1,9 %). Der seit Mitte 2011 tendenziell anhaltende Rückgang der Konsumentenpreise hat sich 2015 verstärkt fortgesetzt. Die starke Aufwertung des Schweizer Frankens und der weitere Preiszerfall beim Erdöl haben auch hier deutliche Spuren hinterlassen. Der Landesindex sank im Jahresdurchschnitt um 1,1 % (Vorjahr: 0,0 %). Auf dem Arbeitsmarkt hat die Aufhebung der Kursuntergrenze zum Euro bisher noch nicht allzu tiefe Spuren hinterlassen. Auch die Arbeitslosigkeit hat sich noch nicht stark erhöht. Im Dezember waren 158 629 Personen (Vorjahr: 143 369)

als arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote betrug damit 3,7 %, im Jahresdurchschnitt 3,3 % und damit nur 0,1 % Prozentpunkte mehr als 2014.

DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2015 IN GRAUBÜNDEN

(teilweise gemeinsamer Bericht mit dem Bündner Gewerbeverband)

Auch für die Volkswirtschaft in **Graubünden** verlief das Jahr 2015 wenig erfreulich, das kantonale BIP dürfte aufgrund empfindlicher Rückgänge in einigen wichtigen Branchen bestenfalls stagniert haben. Neben wichtigen, stark binnenorientierten Dienstleistungsbranchen und stabilem Privatkonsum kommen auch von der Industrie zumindest leichte Wachstumsimpulse, trotz kleiner werdenden Margen.

Von den 17 614 (15 608) erteilten **Arbeitsbewilligungen** für ausländische Arbeitskräfte entfielen 13 123 (11 286) auf Kurzaufenthalter EU/EFTA, 1 162 (1 095) auf Jahresaufenthalter EU/EFTA, 3 215 (3 087) auf Grenzgänger, 108 (117) auf Kurzaufenthalter

aus Drittstaaten und acht (5) auf Jahresaufenthalter aus Drittstaaten. Ferner wurden für maximal 90 Arbeitstage von Unternehmen in Graubünden 5 662 (5 062) und von ausländischen Betrieben 12 128 (10 034) Arbeitskräfte gemeldet.

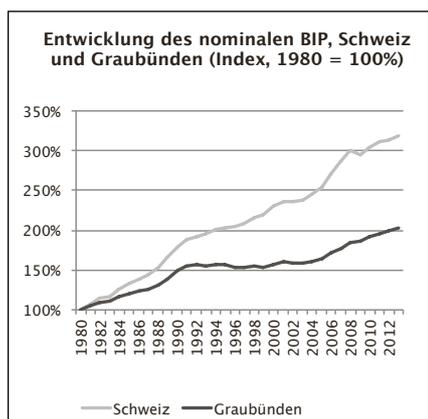
Die mittlere **Arbeitslosenquote** betrug 2015 in Graubünden 1,8 % (1,7 %) (Schweiz: 3,3 % [3,2 %]). Ende Juli 2016 wurden in Graubünden 13 69 Arbeitslose registriert. Gegenüber Juli 2015 mit 14 64 Arbeitslosen ist diese Zahl um 95 gesunken.

Ende 2015 waren beim Amt für Berufsbildung 5 783 (5 614) Lehrverträge registriert. Im Berichtsjahr wurden 2 023 (1 987) **Lehrverträge** neu abgeschlossen, 490 (493) wurden aufgelöst oder umgewandelt.

Während die Warenimporte aus dem Ausland primär aufgrund von Preisänderungen um 6,6 % auf CHF 1,92 Mia. zurückgingen, konnten die **Bündner Exporte** minim um 0,3 % auf CHF 2,28 Mia. gesteigert werden. Erhöhte Ausfuhren – vor allem in die Vereinigten Staaten, aber auch in einzelne asiatische Märkte – konnten die währungsbedingten Rückgänge in den europäischen Nahmärkten kompensieren. Die divergierende Entwicklung zwischen Exporten und Importen führte in der Summe zu einem stark gestiegenen Bündner Aussenhandelsüberschuss, der gar auf den zweithöchsten Wert der letzten zwanzig Jahre kletterte.

Erwartungsgemäss sehr düster fällt dagegen die letztjährige Bilanz im Bündner **Tourismus** aus. Die Hotellerie verzeichnete 2015 gegenüber dem Vorjahr erneut 6,6 % weniger Logiernächte. Die noch 4,7 Mio. Übernachtungen entsprechen mit Blick auf die letzten Jahrzehnte einem neuen historischen Tiefstwert. Vor allem die anhaltenden, starken Frequenzrückgänge aus den beiden bedeutenden Nachbarstaaten Deutschland (–14,9 %) und Italien (–21,6 %) tragen hier zum negativen Ergebnis bei. Teils beachtliche prozentuale Zugewinne aus dem angelsächsischen Raum oder den asiatischen Fernmärkten vermögen diese Verluste aufgrund ihrer bescheidenen Quantität bei Weitem nicht zu kompensieren. Auch im Vergleich zur Schweiz (–0,8 % weniger Übernachtungen) oder anderen grossen Ferienregionen (Wallis –3,8 %, Tessin –5,5 %, Berner Oberland +1,0 %) musste Graubünden 2015 somit die grössten Einbussen hinnehmen.

Die **Bündner Bergbahnen** blicken auf ein schwieriges und herausforderndes Geschäftsjahr 2015/2016 zurück. Nebst der Frankenstärke machte den Bergbahnunternehmen vor allem das Wetter zu schaffen. Während der Sommer 2015 mit einer lang anhaltenden Hochdrucklage zu Hoffnung Anlass gab (Anteil am Verkehrsertrag 6 %), gestalteten sich die Witterungsbedingungen im Winter 2015/2016 (Anteil am Verkehrsertrag 94 %) alles andere als optimal. Bis Ende Dezember war Schnee absolute Mangelware und



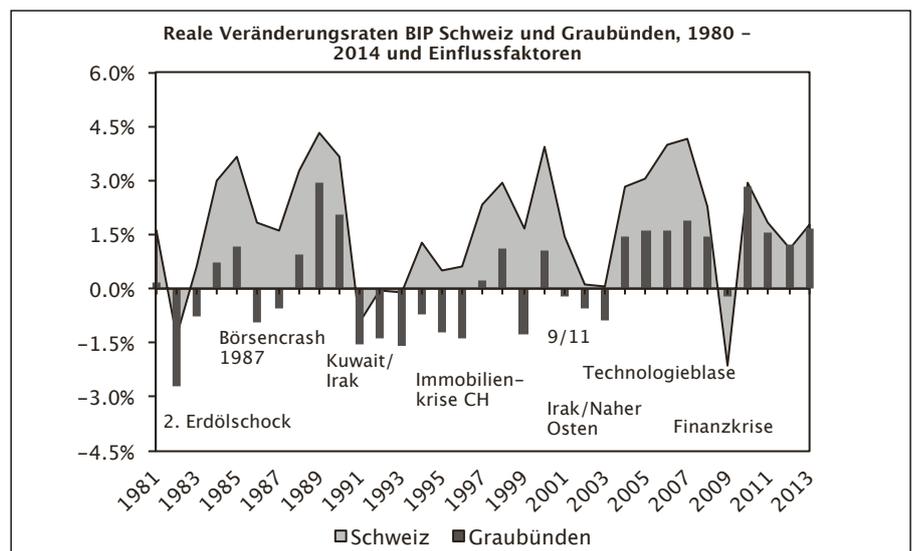
schönes sowie warmes Wetter machten das technische Beschneien zu einer Kunst. Januar und Februar waren dann von durchzogenem, mildem und feuchtem Wetter geprägt, so dass die Wintersportler eigentlich erst Anfang März so richtig auf ihre Kosten kamen. Gegenüber der bereits unterdurchschnittlichen Vorjahressaison ergibt sich ein Gästerückgang von 6,9%. Gegenüber dem Fünfjahresdurchschnitt ergibt sich ein Minus von 10,6%, beim Achtjahresdurchschnitt beträgt der Rückgang gar 15,7%. In ähnlichem Ausmass reduzierte sich auch der Transportumsatz. Dieser ging gegenüber der Vorjahressaison um 10,6% zurück, was einem Umsatzrückgang von rund CHF 21 Mio. entspricht. Der Winter 2015/2016 war der schlechteste der letzten 15 Jahre. Er hat bei den Bündner Bergbahnunternehmen seine Spuren hinterlassen. Die Unternehmen sind stark gefordert. Einerseits gilt es zu optimieren und nach Wegen zu suchen, wie künftig kostengünstiger produziert werden kann, und andererseits gilt es darauf zu achten, die notwendigen Erneuerungen und Ersatzinvestitionen nicht zu vernachlässigen, da sonst die Wettbewerbsfähigkeit darunter leidet.

Die **Rhätische Bahn** (RhB) hat das herausfordernde Geschäftsjahr 2015 alles in allem gut gemeistert, auch wenn die Sparten Personenverkehr und Autoverlad die Umsatzerwartungen im Umfeld der Frankenstärke nicht ganz zu erfüllen vermochten. Das Jahresergebnis belief sich auf CHF

136000.–. Mit 9,4 Mio. Passagieren lag die Anzahl Fahrgäste 4,5% unter dem Wert des Jubiläumsjahres. Der Verkaufserlös im Personenverkehr ging entsprechend auf CHF 93,8 Mio. (CHF 97,7 Mio.) zurück. Der Autoverlad transportierte 467000 Fahrzeuge. Das ist über 1% weniger als im Vorjahr. Entsprechend sank der Ertrag auf CHF 14,5 Mio. (CHF 14,7 Mio.). Im Geschäftsjahr 2015 wurden insgesamt CHF 214 Mio. (CHF 205 Mio.) investiert. Im Güterverkehr wurden im Berichtsjahr 553000t (547000t) transportiert. Per Ende Jahr waren in Personenjahren 1314 Mitarbeitende angestellt.

Die weltweit in den Geschäftsreichen Hochleistungspolymere und Spezialchemikalien tätige **Ems-Gruppe** steigerte 2015 die Verkaufsmenge um 7% gegenüber dem Vorjahr. Währungsbedingt fiel der Nettoumsatz in Schweizer Franken um 3,4% tiefer aus, währungsbedingt schloss er 3,7% über Vorjahr. Der mit Effizienzsteigerungen verbundene Geschäftsausbau

mit profitablen Spezialitäten führte zu einem Anstieg des Betriebsergebnisses (EBIT) um 10,7% auf CHF 469 Mio. (CHF 423 Mio.). Damit erreicht das Betriebsergebnis trotz erheblicher negativer Währungseinflüsse einen neuen Höchstwert. Die EBIT-Marge erreichte 24,6% (21,5%), die EBITDA-Marge belief sich auf 27,5% (24,3%). Der Nettogewinn erreichte CHF 383 Mio. (CHF 349 Mio.) und lag 9,5% über Vorjahr. Der Gewinn pro Aktie erhöhte sich auf CHF 16.09 (CHF 16.44). Der Cashflow stieg um 8,5% auf CHF 439 Mio. (CHF 404 Mio.). Im Berichtsjahr waren 2855 (2865) Mitarbeiter (ohne Lernende) bestätigt, davon 1006 (1002) in der Schweiz. Per Jahresende beschäftigte die Ems-Gruppe in der Schweiz 141 (139) Lernende, die sich auf 14 Berufe verteilten. Die Investitionen betragen CHF 55 Mio. (CHF 52 Mio.). Mehrheitlich handelte es sich dabei um Investitionen in Kapazitätserweiterungen in der Produktion. Der geografische Produktionsanteil der Schweiz innerhalb der Ems-Gruppe beträgt 45%, gefolgt



von Deutschland mit 11,4 %, USA 10,6 % und China 8,8 %.

Trotz schwieriger Bedingungen übertraf die **Hamilton-Gruppe** den im Vorjahr erzielten Umsatzrekord noch einmal deutlich. Die Hamilton Medical AG wuchs im abgelaufenen Geschäftsjahr um 9 %, die Hamilton Bonaduz AG um 8 %. Den Erfolg verdankt das Unternehmen den hervorragenden Mitarbeitern und der aggressiven Wachstumsstrategie. Auch Hamilton haben aber die Auswirkungen des überbewerteten Frankens und Währungseinbrüche in Südostasien zu schaffen gemacht. Dank hoher Innovationskraft gelang es, den Konkurrenten Marktanteile zu entreissen und das Geschäftsvolumen zu steigern. Trotz Produktionsverlagerungen nach Rumänien konnten im Berichtsjahr wieder zahlreiche neue Mitarbeitende in Graubünden eingestellt werden. In Malans wurde das Unternehmen Hamilton Storage Technology GmbH gegründet, das heute schon 40 Mitarbeitende zählt. Aktuell arbeitet das Unternehmen zudem an der Planung einer neuen Fabrik, der Hamilton Ems AG, auf dem ehemaligen Sägereiareal in Domat/Ems. Hamilton ist fokussiert auf die Kernbereiche Robotik, Beatmung und Sensorik. Das Wachstum entstammt allen Kernbereichen.

Das Geschäftsjahr 2015 war für die **CEDES-Gruppe** ein sehr gutes Jahr, trotz einer nach wie vor verhaltenen Marktsituation. Der Umsatz konnte auf rund CHF 55 Mio. gesteigert wer-

den. China hat für CEDES eine grosse Bedeutung, wird doch ein Drittel des gesamten Umsatzes in diesem grössten asiatischen Markt realisiert. Dies mit Produkten, die fast zu 100% in Landquart gefertigt werden. Die Bauwirtschaft in China hat sich deutlich abgekühlt, deshalb ist auch die Anzahl der installierten Aufzüge rückläufig. Trotzdem hat CEDES in China den Umsatz halten können, die Stückzahl der gelieferten Produkte gar gesteigert. In allen angestammten Märkten von CEDES wirkt sich die «Commodity»-Thematik in einem stetigen Preiszerfall mit entsprechendem Druck auf Umsatz und Profit aus. Trotzdem gelang es erneut, den Umsatz und die Rendite zu steigern. Mit einem nochmals deutlich gesteigerten Qualitätsniveau wurden Marktanteile gewonnen. Die grossen Investitionen in die Automatisierung der Fertigung dieser Schlüsselprodukte am Standort Landquart zahlen sich aus. Diese Investitionen sichern Arbeitsplätze in Landquart. Der anhaltende Preiskampf unterstreicht aber nach wie vor die Notwendigkeit, das CEDES-Produktportfolio zu verjüngen. In den vergangenen Jahren wurde überdurchschnittlich in Forschung und Entwicklung für neue Produkte und Technologien investiert. In enger Zusammenarbeit mit der Chip-Fabrik ESPROS in Sargans sind neue Produkte zur Marktreife gelangt; 2015 und 2016 sind bedeutend für die Industrialisierung des neuen Produktportfolios. Die Vermarktung der neuen Produkte erfolgt ab 2017 und 2018 und bietet die Basis für einen nächsten

Wachstumsschub. Die CEDES-Gruppe beschäftigt weltweit rund 400 Mitarbeitende, davon 225 in Landquart. CEDES ist auch als Ausbildungsstätte sehr beliebt. 35 Lernende werden in Landquart in sechs Berufen ausgebildet.

Die **Georg Fischer AG** erzielte im Berichtsjahr einen um 1 % höheren Umsatz von CHF 3795 Mio. Das Betriebsergebnis (EBIT) erhöhte sich um 9 % auf CHF 274 Mio., vor allem dank der signifikant gesteigerten Produktivität. Die EBIT-Marge wuchs von 6,7 % auf 7,2 %, der Ertrag auf das eingesetzte Kapital (ROIC) von 16,7 % auf 17,9 %. Der freie Cashflow vor Akquisitionen und Devestitionen betrug CHF 110 Mio. (CHF 174 Mio.). Die Anzahl der Mitarbeitenden erhöhte sich leicht von 14066 auf 14140. Das Konzernergebnis erhöhte sich um 34 % auf CHF 195 Mio.

Trotz des verschärften Konkurrenzkampfs und Margendrucks als Folge des Einbruchs im Zweitwohnungsbau war die **Griston-Gruppe** im Kerngeschäft erfolgreich. Der Ertrag bei den Gesteinskörnungen konnte von CHF 12,6 Mio. auf CHF 20,7 Mio. gesteigert werden. Der massiv gesunkene Reingewinn von CHF 449000.00 (CHF 1,2 Mio.) war auf massiv höhere Entwicklungskosten bei der Tochterfirma Trumag AG für ein Förderband für Kehrlichtverbrennungsanlagen zurückzuführen. Bei der Firma Stag AG konnte trotz Euro-Kurseinbruch und einem herausfordernden Marktumfeld

der Ertrag im Anlagenbau von CHF 20,7 auf CHF 28,3 Mio. gesteigert werden.

Die **Würth-Gruppe**, Weltmarktführerin im Handel mit Montage- und Befestigungsmaterial, erzielte im Geschäftsjahr 2015 mit EUR 11,0 Mia. ein Plus von 9,1 % und damit den höchsten Umsatz in der Unternehmensgeschichte. Im Betriebsergebnis lag die Würth-Gruppe mit EUR 525 Mio. leicht über dem Vorjahr (EUR 515 Mio.). Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat sich auf 68 978 (66 044) erhöht.

Die gesunkenen Energiepreise an den internationalen Märkten und der ungünstige Wechselkurs EUR/CHF waren bei der **Repower-Gruppe** die prägenden Faktoren im Geschäftsjahr 2015, das mit einem EBIT von CHF –69 Mio. und einem Reinverlust von CHF 136 Mio. abschloss. Die Gesamtleistung der Repower-Gruppe sank 2015 um 17 % auf rund CHF 1,9 Mia. Bereinigt um Sondereinflüsse, belief sich das EBIT auf CHF 12 Mio., der EBITDA auf CHF 59 Mio. Der Stromabsatz bewegte sich mit rund 17,7 TWh minimal über dem Niveau des Vorjahres, wobei das Handelsgeschäft um 4 % zulegen und sich bei Versorgung und Vertrieb ein leichter Rückgang von 3 % ergab. Der Gasabsatz stieg erneut an (+16 %) und belief sich insgesamt auf rund 2,5 Mia. Kubikmeter. Der Vertrieb an Endkunden konnte um 6 % gesteigert werden. Die Eigenproduktion aus Wasserkraft

lag dank der günstigen hydrologischen Bedingungen und des guten Zustands der Kraftwerke über dem zehnjährigen Durchschnitt. Im Berichtsjahr waren 656 (691) Mitarbeiter beschäftigt, davon 446 (456) in der Schweiz, ferner 30 Lernende. Repower arbeitet an der Umsetzung der kommunizierten neuen strategischen Ausrichtung.

Die **Graubündner Kantonalbank** erzielte im Geschäftsjahr trotz der erschwerten Rahmenbedingungen ein erfreuliches Ergebnis. Der Konzerngewinn stieg um +4,4 % auf CHF 168,2 Mio. Der Kanton und die Partizipanten profitierten von einer unveränderten Ausschüttung von CHF 95 Mio. Bei den Kundenausleihungen war wegen Sonderfaktoren ein starkes Wachstum von 8,3 % zu verzeichnen. Das Kundenvermögen belief sich auf knapp CHF 30 Mio. und ging wegen währungsbedingter Einflüsse und dem Abfluss ausländischer Kundengelder um 0,3 % zurück. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft von CHF 230,4 Mio. reduzierte sich durch die negativen Geld- und Kapitalmarktsätze um 2,3 %, ebenso nahm der Erfolg aus den Kommissions- und Dienstleistungsgeschäften um 5,6 % auf CHF 106,0 Mio. ab. Der Geschäftserfolg wurde mit CHF 179,1 Mio. (–3,9 %) ausgewiesen, der ausgewiesene Konzerngewinn erhöhte sich nach Zuweisung an die Reserven für allgemeine Bankrisiken um 4,4 % auf CHF 168,2 Mio. Die Kernkapitalquote betrug hervorragende 18,7 %.

Somedia hat 2015 den Umsatz auf CHF 133 Mio. oder um 3 % gesteigert. Der Gewinn stieg von CHF 3,2 Mio. auf CHF 4,5 Mio. Im Kerngeschäft (Abonnements, Anzeigen, Druckverkauf) waren die Umsätze rückläufig. Somedia hat deshalb im Digitalbereich Projekte angeschoben, welche neue Erträge erbracht haben. Von den zehn Firmen der Somedia erzielte das Druckunternehmen einen negativen Jahresabschluss. Dies ist auch auf die ungünstige Währungssituation seit Januar 2015 zurückzuführen. Deswegen wird Somedia Production auf Anfang nächsten Jahres die Druckproduktion und Weiterverarbeitung in Schwerzenbach vornehmen. Die Anzahl der Mitarbeitenden sank um 22 von 891 auf 869.

Die **Inventx AG**, die IT-Partnerin für führende Schweizer Finanzinstitute, hat ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Der budgetierte Umsatz konnte, bei gleichzeitiger Kostenreduktion, übertroffen werden. Ein Highlight des vergangenen Geschäftsjahres war die vorzeitige Vertragsverlängerung der Graubündner Kantonalbank. Das Finanzinstitut entschied sich vom erweiterten Leistungsportfolio zu profitieren und verlängerte die bestehenden Verträge bis ins Jahr 2021. Im Neukundengeschäft gelang der Inventx AG mit dem Gewinn der Clientis-Gruppe ein viel beachteter Coup. In den kommenden zwei Jahren wird nun für weitere 25 Regionalbanken eine neue Infrastruktur aufgebaut und ab 2018 vollumfänglich betrieben.

Inventx hat 2015 angefangen, eine eigene hochsichere und auf die Bedürfnisse der Finanzindustrie ausgerichtete Cloud-Umgebung aufzubauen. Einer der grössten Schweizer Vorsorge- und Finanzdienstleister zeigte sich bereits interessiert. Mit einem finalen Entscheid zur Transition in die Inventx-Cloud wird per Q1 2016 gerechnet. Inventx steht damit als Partner zur Umsetzung von Cloud-Strategien im Finanzdienstleistungssektor sowie allen anderen, sensiblen und stark regulierten Märkten zur Verfügung. Des Weiteren profitieren die Inventx-Kunden von den 2015 neu in Betrieb genommenen georedundanten Rechenzentren. Die hochmoderne Infrastruktur an zwei unterschiedlichen Standorten führt zu einer noch höheren Ausfallsicherheit. 2015 konnte die Positionierung als führender IT-Dienstleister im Finanzsektor noch weiter gestärkt werden. Inventx und ihre Schwestergesellschaft Proventx beschäftigten 2015 über 240 Mitarbeitende. Dies entspricht einem Wachstum von 20 Arbeitsplätzen gegenüber dem Vorjahr. Das erfolgreiche Neukundengeschäft führt zu einem weiteren Ausbau von 50 Stellen in den kommenden zwei Jahren. Dank der langfristigen Outsourcing-Verträge sind diese Arbeitsplätze bis über das Jahr 2020 hinaus gesichert.

Das betriebliche Ergebnis der **ÖKK** fiel mit CHF –0,8 Mio. negativ aus, da die deutlich tieferen Kapitalerträge das technische Geschäftsergebnis nicht zu kompensieren vermochten. Dank Auf-

lösung von nicht versicherungstechnischen Sicherheitsrückstellungen von CHF 1,6 Mio. und ausserordentlichen Erfolgen im Umfang von CHF 1,8 Mio. konnte dennoch ein Gewinn vor Steuern von CHF 2,6 Mio. ausgewiesen werden. Die Konzernrechnung 2015 schliesst mit einem Gewinn von CHF 1 Mio. (CHF 4,3 Mio.) positiv ab. Es konnte nicht nur ein Anstieg an Privatkunden verzeichnet werden, auch in den Geschäftsfeldern Unternehmenskunden und Versicherungsunternehmen wurde zugelegt. Markant zugenommen haben aber auch die Ausgaben für die Versicherungsleistungen, was auf das Ergebnis drückte. Die ÖKK beschäftigte 404 Mitarbeiter (389), wovon 353 in Vollzeitstellen, und 14 Lernende.

Die **Allegra Passugger Mineralquellen AG** konnte im Berichtsjahr erneut sowohl beim Verkaufsvolumen als auch beim Cashflow und Jahresgewinn zulegen. Dies gelang – obwohl der Mineralwassermarkt insgesamt stagnierte – trotz des erschwerten Marktumfeldes bezüglich Wetter- und Tourismusentwicklung. Im Vergleich zu den Vorjahren verlangsamte sich das Wachstum etwas. Die konsequente Orientierung auf die definierten Nischen im Markt und die stete Suche nach Innovationen brachten die Unternehmung und die beiden Marken Allegra und Passugger auch 2015 weiter voran. Dank des positiven Resultats und ausgehend von einer vorausschauenden Unternehmenspolitik haben sich die Inhaberfamilien der

Passugger Mineralquellen entschlossen, rund 5 Mio. Franken in die Infrastruktur in Passugg zu investieren. Im Zuge dieser Investitionen wird eine zusätzliche PET-Abfülllinie installiert und der Abfüllprozess generell optimiert.

Die **Frostag Food-Centrum AG** blickt auf ein herausforderndes Geschäftsjahr zurück. Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr leider gesunken. Der Januar stand ganz im Zeichen des Euro. Frostag hat sich bereits im Zusammenhang mit der Strategie 2020 mit der Aufhebung des Euromindestkurses auseinandergesetzt, wurde jedoch von der plötzlichen Veränderung trotzdem überrumpelt. Der starke Franken führte dazu, dass Preiskorrekturen vorgenommen werden mussten. Dies betraf Rohstoffe aus der EU wie auch Produkte im Schweizer Markt. Auch im Berichtsjahr wurden diverse Investitionen in neue Produktionsanlagen getätigt, u. a. einen Erweiterungsbau, welcher in nur neun Monaten realisiert wurde. Dank der neuen Produktionslinien ist Frostag wieder auf dem neusten Stand der Technik und kann Kundenbedürfnisse optimal erfüllen. Auch im Berichtsjahr konnten im Produktionsbereich wieder sieben neue Stellen geschaffen werden.

Die Aufhebung des Franken-Mindestkurses blieb leider nicht ohne Auswirkungen auf das Exportvolumen von **Bündnerfleisch**. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Ausfuhren um rund

9,5 % zurück. Erfreulicherweise konnte der Inlandabsatz von Bündnerfleisch jedoch leicht – um rund 1,5 % – gesteigert werden. Insgesamt wurden 2733 t Bündnerfleisch produziert, und zwar primär für Frankreich, Deutschland sowie diverse weitere Länder.

Die **Transport- und Logistikbranche** sind die Dienstleister im Güter-/Warenfluss unserer Bündner Wirtschaft. Die Entwicklung in Graubünden hat sich gegenüber dem nationalen Mittel sicher deutlich weniger dynamisch entwickelt. Je nach Branche verhielt sich die Auftragslage adäquat zur wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Kanton. Diese Entwicklung kam nach der Annahme der Zweitwohnungsinitiative, der Aufhebung des Mindestkurses und der damit verbundenen Frankenstärke nicht überraschend. Mehrheitlich wurde rechtzeitig reagiert, indem Ressourcen und Kapazitäten angepasst wurden. Somit blickt die Transportbranche noch auf ein zufriedenstellendes Jahr zurück. Die Vergabegespräche werden zusehends anspruchsvoller und auch bei bestehenden Aufträgen wird vermehrt versucht, die Preise weiter herunterzudrücken. Dieses Marktverhalten führt dazu, dass bei gleicher Leistung zu tieferen Preisen die Marge in die falsche Richtung zeigt. Neben diesen marktrelevanten Einflussfaktoren hat die Branche aber auch mit verkehrspolitischen Faktoren zu kämpfen, welche mitverantwortlich sind, dass die Produktivität tendenziell sinkt. Die damit verbundenen Produktivitätseinbussen

verursachen massive Zusatzkosten. Im nationalen und internationalen Transport profitierte die Branche von der stabilen Entwicklung der Bündner Exportindustrie. Im kantonalen und kommunalen Bereich hinterliess der Rückgang der Bau- und Touristikbranche seine Spuren, indem das Transportvolumen tendenziell entsprechend abnahm. Bei über 58 % (VJ 70 %) der befragten Betriebe konnte der Personalbestand stabil und der Fahrzeugbestand praktisch unverändert gehalten werden.

Die drei **TRUMPF Unternehmen** in Grüşch gehören zur weltweit tätigen TRUMPF Gruppe (Jahresumsatz rund 2,8 Mrd. Euro – vorläufige Zahlen). Sie zählen mit rund 540 Mitarbeitenden zu den grössten Arbeitgebern in Graubünden. TRUMPF Maschinen Grüşch AG fertigt 2D-Laserschneidanlagen, TRUMPF Laser Marking Systems AG entwickelt und montiert Laserbeschriftungssysteme und stellt seit Herbst 2014 Scheibenlaser her. TRUMPF Grüşch AG entwickelt und produziert Elektrowerkzeuge sowie elektrotechnische Baugruppen und Präzisionsteile für Werkzeugmaschinen im Firmenverbund. Mit der Steigerung um 3 % beim Umsatz konnte TRUMPF zwar nicht an das starke Wachstum des Vorjahres anknüpfen, aufgrund der globalen Rahmenfaktoren ist das Ergebnis aber trotzdem als zufriedenstellend zu bewerten. Am Standort in Grüşch nahm die Umsatzentwicklung, in Euro betrachtet, einen ähnlichen Verlauf. Gemäss vorläufigen Zahlen stieg der

Umsatz um etwa 1 %. In Schweizer Franken gerechnet, ergibt sich – wie im Geschäftsjahr 2014/2015 – jedoch aufgrund des Wechselkurses Euro zum Schweizer Franken abermals ein Rückgang. Durch weitere Effizienzsteigerungen und Entwicklung innovativer Produkte konnten Teile der negativen Auswirkungen des Euro-Werteverfalls kompensiert werden. TRUMPF in Grüşch legt grossen Wert auf die Ausbildung von Lernenden. Ende Juni 2016 waren 48 Lernende beschäftigt – knapp 9 % der gesamten Mitarbeiterzahl in Grüşch. Im Jahr 2015 feierten alle drei TRUMPF Grüşch Unternehmen Jubiläen: TRUMPF Grüşch AG ist seit 1980, TRUMPF Maschinen Grüşch AG seit 1985 und TRUMPF Laser Marking Systems AG seit 2000 in Graubünden ansässig.

Die **TEM AG** entwickelt sich zum Anbieter moderner Gebäudetechnik und hat ihre Marktleistungen für die Raum- und Gebäudeautomation weiter ausgebaut. Moderne Gebäudetechnik muss dem bewussten Umgang mit Energie bei gleichzeitig steigendem Komfortwunsch gerecht werden. Das Wohnhaus entwickelt sich zum intelligenten Gebäude, in dem Technik und Kommunikation einen sehr hohen Stellenwert einnehmen. Der eigene Produktionsstandort in Ungarn wurde vom reinen Elektronikfertigungsbetrieb zum Komplettfertiger mit Montage erweitert.

Ebenfalls auf kein einfaches Jahr blickt die **Bündner Bauwirtschaft** zurück.

Gemäss Erhebungen der Branche betrug 2015 das Bauvolumen in Graubünden CHF 936,3 Mio. und damit 2,2 % weniger als im Vorjahr. Dafür verantwortlich ist vor allem der Rückgang im Wohnungsbau (–8,1 % auf noch CHF 314 Mio.). Die Effekte des umfassenden Zweitwohnungsverbots haben im letzten Jahr erstmals deutlich durchgeschlagen. Vor diesem Hintergrund und der leicht rückläufigen Entwicklung im übrigen Hochbau gewinnt die stabile Entwicklung des Tiefbaus (+1,6 % zusätzliches Volumen 2015) an Bedeutung. Die kontinuierliche Investitionspolitik der öffentlichen Hand ist weiterhin von zentraler Bedeutung für die Bauwirtschaft und die gesamte kantonale Volkswirtschaft.

Wie bereits 2011 zählen die **Forstwirtschaft und die Holzindustrie** zu den von der erneuten Frankenaufwertung stark betroffenen Branchen. Die Frankenaufwertung führte unmittelbar zu tieferen Schnittholzpreisen. Einen Preisrückgang mussten die Produzenten auch beim Restholz für die Platten- und Papierindustrie hinnehmen und die energetische Nutzung bot wegen der warmen Witterung und des niedrigen Ölpreises keine Alternative. Die Holzindustrie ist klar stärker betroffen als andere Industrien, die ihre Rohware und Betriebsmittel aus dem Euro-Raum nun günstiger einkaufen und somit die währungsbedingten Wettbewerbsnachteile teilkompensieren können. Der Produktionsrückgang der Holzindustrie von nur 3 % im letzten

Jahr zeigt, dass man versucht hat, Marktanteile zu halten, auch wenn dies zulasten der ohnehin stark geschrumpften Margen ging. Entlastung gab es in der Beschaffung, wo die Waldbesitzer eine Anpassung der Rundholzpreise zulassen und die Versorgung weiterhin sicherstellten. Die Waldwirtschaft hatte somit ebenfalls einen Rückgang der Rundholzpreise um 10 % bis 15 % hingenommen. Mit den tieferen Rundholzpreisen geraten jedoch mehr und mehr Holzschläge in die roten Zahlen. Das neue Waldgesetz sollte darum Beiträge an den Waldstrassenbau und die Seilbahnbringung vor allem im Hügel- und Berggebiet auch im Nicht-Schutzwald ermöglichen. Zudem wäre ein tieferer LSWA-Satz durchaus angebracht.

Der Entscheid der Schweizerischen Nationalbank, den Euro-Mindestkurs Anfang 2015 aufzuheben, hat den Schweizer **Detailhandel** 2015 vor grosse Herausforderungen gestellt. Die sich daraus ergebende Frankenstärke befeuerte nicht nur den Einkaufstourismus, sondern hatte auch negative Auswirkungen auf den Schweizer Tourismus, der mit sinkenden Übernachtungszahlen zu kämpfen hatte. Beide Faktoren hat **Coop** 2015 im Kanton Graubünden gespürt und musste demzufolge ein Umsatzminus von 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr hinnehmen. Der Umsatzrückgang fiel gegenüber dem nationalen Wirtschaftsgebiet allerdings weniger stark aus. Positiv entwickelten sich die kantonalen Kundenzahlen, bei denen

im Vergleich zu 2014 ein Wachstum von 2,1 % resultierte. Sehr erfreulich zeigte sich das Ergebnis beim Biosortiment sowie bei regionalen Produkten. Der Umsatz konnte bei beiden Produktgruppen 2015 um über 8 % gesteigert werden. Als wichtiger Arbeitgeber im Kanton Graubünden konnte Coop die Anzahl Beschäftigter auf hohem Niveau festigen. In den total 33 Supermärkten sowie in der Verteilzentrale in Chur arbeiteten Ende 2015 960 Personen.

Das Wetter im **Rebjahr 2015** lässt sich wie folgt charakterisieren: kurzer Winter, regnerischer Frühling, warmer und trockener Sommer, teilweise kühler, aber eher trockener Frühherbst. Das Ergebnis war eine vorzügliche Qualität und eine Menge, die leicht unter dem Durchschnitt liegt. Der Blauburgunder, Graubündens wichtigste Rebsorte, erreichte einen idealen Zuckergehalt von 98 Grad Oechsle. Die Weinernte 2015 betrug 21 140 hl und lag 5 % unter dem zehnjährigen Mittel. Das ergab 2,8 Millionen Weinflaschen mit einem Inhalt von 7,5 dl. Das Rebjahr 2015 tat den Winzern gut. Ein Wermutstropfen waren die Schäden, die das im letzten Jahr eingesetzte Fungizid «Moon Privilege» an einzelnen Orten verursachte.

VERNEHMLASSUNGEN UND ABSTIMMUNGEN

Die folgenden Stellungnahmen der Handelskammer sind – in der Regel zusammen mit dem Bündner Gewerbeverband und hotellerieuisse Graubünden – entweder im Rahmen der offiziellen Vernehmlassungsverfahren der kantonalen und eidgenössischen Behörden oder später im laufenden Gesetzgebungsprozess abgegeben worden. Einzelne Vorlagen wurden auf dem Korrespondenzweg und in persönlichen Gesprächen behandelt. Sie finden die Vernehmlassungen im vollen Wortlaut auf unserer Homepage (www.hkgr.ch/Mitteilungen/Vernehmlassungen).

VERNEHMLASSUNGEN BUND

Totalrevision der Verordnung über die Gewährung von Steuererleichterungen im Rahmen der Regionalpolitik / Verordnung über die Festlegung der zu den Anwendungsgebieten für Steuererleichterungen gehörenden Gemeinden

In Abstimmung mit der Regierung des Kantons Graubünden wurde eine Wei-

terführung des Instruments der Steuererleichterung nur befürwortet, falls die Anwendungsgebiete angepasst würden. Zwischen den Anwendungsgebieten und der Raumentwicklungs politik müsse zwingend eine Kohärenz bestehen und bei der Festlegung des Perimeters für Steuererleichterungen müsse ebenfalls in funktionalen Räumen gedacht werden. Zentral dabei sei, dass Arbeitsplatzgebiete in den Perimeter gelangten, die für die Ansiedlung von Unternehmungen und für die Expansion von bereits ansässigen Unternehmen auch tatsächlich geeignet seien. Wenn bei der Festlegung des Perimeters nicht Räume, sondern bloss einzelne Gemeinden berücksichtigt würden, führe dies unweigerlich dazu, dass Gemeinden mit vorhandenen Industrie- und Gewerbebezonen nicht in den Perimeter gelangten, wohl aber Nachbargemeinden, die über keine Flächen verfügten. Ferner wehrten wir uns dezidiert dagegen, dass vor allem das vordere Prättigau und die Mesolcina nicht mehr im Anwendungsgebiet wären. Sie seien zugunsten von Gebieten in anderen Kantonen aus dem Perimeter ausgeschlossen worden. Wie die vergangenen Jahre aber gezeigt hätten, seien gerade das vordere Prättigau und San

Vittore nicht nur strukturschwach, sondern für den Ausbau bestehender bzw. die Ansiedlung neuer Unternehmen von grösster Bedeutung. Unverständlich wäre auch, dass Gemeinden der Nachbarkantone, im Gegensatz zu jenen Graubündens, wieder innerhalb des Anwendungsperrimeters figurieren würden, was im kantonalen Steuerwettbewerb ein grosser Nachteil gegenüber den Kantonen St. Gallen und Tessin wäre. Des Weiteren wurde zu diversen Bestimmungen Stellung bezogen und der unzulässige und bundesrechtswidrige Eingriff in die Autonomie der Kantone abgelehnt. Den Kantonen müsse es auch in Zukunft anheimgestellt bleiben, ob sie die Steuererleichterung in Form einer prozentualen Reduktion, eines Höchstbetrages oder einer Kombination gewährleisten wollten. Ebenso wurde bei Steuererleichterungen die Bekanntgabe des Namens des betreffenden Unternehmens, des Durchführungsortes, der Grössenordnung des ex ante Höchstbetrages der Steuererleichterung und die Grössenordnung der zu schaffenden resp. erhaltenden Arbeitsplätze abgelehnt. Damit würde das Steuergeheimnis verletzt.

Revision Raumplanungsgesetz, 2. Etappe (RPG II)

Das RPG in der vorliegenden Form wurde abgelehnt. Wichtige Anliegen, z. B. die konsequente Beschränkung auf eine Rahmengesetzgebung, die Einhaltung der verfassungsmässigen Kompetenzordnung und das Vermeiden der Abbildung von Partikularinteressen, seien ungenügend berücksichtigt worden. Ein Revisionsbedarf sei nicht auszumachen, die Vorlage enthalte Restanzen aus vorangehenden, gescheiterten Revisionsprojekten und beinhalte eine Auflistung von Einzelanliegen (sozialer Wohnungsbau, Untergrund, Naturgefahren, funktionale Räume etc.) ohne Systematik. Wesentliche Fragen würden nicht erläutert. Planungsbehörden und Wirtschaft seien auf ein stabiles Gesetzesfundament angewiesen, Revisionen seien nur bei ausgewiesenem Bedarf angebracht. Viele der vorgeschlagenen Änderungen seien heute in den Kantonen bereits umgesetzt. Bevor RPG II an die Hand genommen werde, müssten die Revision der Richtpläne, die Mitwirkungsprozesse in den Gemeinden und die Arbeiten an den Raum- und Baugesetzgebungen vorangetrieben werden. Vehement postuliert wurde die Sicherung einer Interessenabwägung, damit sich die Wirtschaft angemessen entwickeln könne. Als Beispiel wurde das Unterengadin angeführt, wo bereits der gesamte Raum in irgendeiner Form geschützt sei. Jegliches Vorhaben resp. jegliche Neuplanung müsste somit schon von vornherein scheitern, wenn

es nicht gelinge, partiell im Sinne einer Interessenabwägung die Interessen der Wirtschaft für regionale Infrastrukturen, Tourismusprojekte etc. höher zu gewichten und Ausnahmen zuzulassen. Ferner würde der Subsidiaritätsgrundsatz verletzt, zumal der Bund in der Raumplanung nur Grundgesetzgebungskompetenz besitze. Schliesslich wurde die fehlende Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen kritisiert. Die Standortförderung – wie sie etwa in der neuen Regionalpolitik betrieben werde – komme nicht ohne zusätzliche Flächen aus. Die Wirtschaft habe aber auch weitergehende dringende Bedürfnisse, z. B. für Logistikstandorte, Ausbau von wachsenden Unternehmungen etc., welche schon heute kaum erfüllt werden könnten. Thematische Vorbehalte wurden sodann bezüglich der Grundsätze der Raumplanung, der Sachpläne und Konzepte des Bundes, der Richtpläne und der Raumentwicklungsstrategie angebracht. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Planung in funktionalen Räumen nicht ein Ziel, sondern bloss ein Mittel zum Zweck sein könne. Je nach Thema und Zielsetzung müssten funktionale Räume anders definiert werden, zum Teil sogar monothematisch. Entschieden abgelehnt wurde der geforderte integrale Schutz des Kulturlandes. Die angestrebte Vereinfachung der Bestimmungen zum Bauen ausserhalb der Bauzone wurde selbstverständlich begrüsst, allerdings der gewählte Ansatz kritisiert. Zum Bauen ausserhalb der Bauzone existiere eine umfas-

sende Rechtsprechung. Der Aufwand, diese Rechtsprechung so aufzuarbeiten, dass sie den neuen Bestimmungen zugeordnet werden könnte, wäre enorm und nicht umsetzbar. Zum Abschluss wurden dann noch diverse Fragen beantwortet.

Bundesbeschluss über die zweite Etappe der Strommarktöffnung

Die geltende Regelung, wonach einzig Endverbraucher mit einem Jahresverbrauch von über 100 MWh ihren Stromlieferanten frei wählen dürfen, wurde kritisiert. Sie schliesse kleinere Unternehmen und Haushalte von der Möglichkeit aus, auf allenfalls günstigere Angebote mit vorteilhaften Rahmenbedingungen auszuweichen. Damit würden Kleinverbraucher auch gegenüber ausländischen Kleinverbrauchern diskriminiert. In diesem Lichte wurde die geplante zweite Etappe der Strommarktöffnung begrüsst. Auch wenn mit einer freien Wahl des Lieferanten nicht zwingend eine Preissenkung verbunden sein müsse, könnte die Wahlfreiheit bewirken, dass die Elektrizitätswirtschaft und der Wettbewerbsdruck innovativer wurden, neue Produkte entwickelt und ein nationaler Markt für attraktive, auch grüne Stromprodukte entsteht. Die verbleibende regulierte Grundversorgung für Konsumenten, die sich von der Strommarktöffnung keine Vorteile versprechen, könnte aus politischen Gründen akzeptiert werden.

Klima- und Energie- lenkungssystem

Einleitend wurde festgestellt, die Rentabilität der bestehenden Wasserkraftanlagen verschlechtere sich zusehends. Dies sei angesichts der klaren Vorteile dieser Produktionstechnik unfassbar, denn die Wasserkraft biete die ökologischste Form der Stromerzeugung, sie sei gut planbar und steuerbar, sie sei der perfekte Energieträger für Regenergie. Ohne Erhalt und Ausbau der Wasserkraft lasse sich die Energiestrategie 2050 nicht umsetzen. Seitens der Gebirgskantone würden keine Subventionsansprüche erhoben. Allerdings werde gefordert, das bestehende Fördersystem für erneuerbare Energie anzupassen – und zwar weg vom Subventionssystem hin zu einem marktnahen Lenkungssystem, bei welchem auch die hocheffiziente Wasserkraft profitiere. Deshalb gehöre die kostendeckende Einspeisevergütung abgeschafft und bis spätestens 2020 durch ein Endkundenquotenmodell ersetzt. Die Elektrizitätswirtschaft müsste demnach ihren Endkunden zwingend einen Strom-Mix aus allen verfügbaren Energien anbieten, wovon ungefähr 60 % aus Wasserkraft. Der anzubietende Strom-Mix wäre im Zeitablauf an veränderte Verhältnisse, z. B. wegen Wegfall der Kernkraft, anzupassen. Zudem müssten Gestehungskosten und Abgaben reduziert werden, um die Konkurrenzfähigkeit der Wasserkraft zu verbessern. Dabei seien allerdings die Wasserzinsen aus der Sicht der Gebirgskantone unantastbar. Dies

zumindest so lange, bis eine Symmetrie vorliege zwischen dem langfristigen Gewinn- und Risikopotenzial der Stromunternehmen einerseits und dem Wert der von den Gebirgskantonen zur Verfügung gestellten Wasserkraft andererseits.

Änderung des Ausländergesetzes (Umsetzung Art. 121a BV)

Die Vorgehensweise des Bundesrates wurde kritisiert, richtiger wäre es gewesen, zunächst die Möglichkeit zum Abschluss eines neuen Freizügigkeitsabkommens mit der EU abzuklären, womit auf eine Revision des Ausländergesetzes hätte verzichtet werden können. Bei zu erwartender Ablehnung wäre entweder das bisherige FZA in Kraft geblieben oder dieses aufgelöst worden, womit dann das AuG entsprechend den Vorgaben von Art. 121a BV anzupassen wäre. Nur im letzteren Fall wäre somit eine Revision angezeigt. Dabei müsste die Zulassung von EU-/EFTA-Staatsangehörigen aber detaillierter geregelt werden, als dies in der Vorlage der Fall sei. Denn solange das FZA nicht angepasst werde, gelte das AuG ja nur für Drittstaatsangehörige. Bezüglich Höchstzahlen und Kontingente wurde verlangt, bei der Regelung der nicht kontingentierten Kurzaufenthalterbewilligung und der nicht kontingentierten Grenzgängerbewilligung eine separate Bestimmung für EU-/EFTA-Staatsangehörige zu schaffen. Insbesondere bezüglich der

arbeitsmarktlichen Realitäten der Berg- und Tourismuskantone sei die Möglichkeit, die benötigten ausländischen Arbeitskräfte je nach Bedarf in genügender Anzahl rekrutieren zu können, von existenzieller Bedeutung. Entschieden abgelehnt wurde die Limitierung der nicht kontingentierten Kurzaufenthalterbewilligung bei einer Aufenthalts- und Erwerbsdauer von maximal vier Monaten. Mit einer während maximal zehn Monaten einsetzbaren nicht kontingentierten Kurzaufenthalterbewilligung könnten sowohl die Bedürfnisse des Saisontourismus als auch jene des Baugewerbes in den Bergkantonen hinsichtlich des Einsatzes von ausländischen Arbeitskräften erfüllt werden. Ferner müsse zugunsten eines qualitativen Tourismus, aber auch der Qualität der Arbeitsleistungen im Baugewerbe die minimale Dauer der Zwischensaison auf einen Monat reduziert werden. Die gleichen Grundsätze gälten auch für die Grenzgängerbewilligung. Grenzgänger hätten ihren Wohnsitz im Ausland. Zu einem geringen Teil seien sie Wochenaufenthalter. Wenn die MEI vorübergehende Aufenthalte bis zu einem Jahr als nicht relevant erachte, so müsse dies erst recht für die Grenzgänger gelten. Eine konsequente Anwendung der Inländerprioritätsbestimmung sowie die Einhaltung der orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen bei in der Schweiz ansässigen Betrieben reiche aus, um das Grenzgängerproblem zu regeln. Die Aufhebung der Möglichkeit, im bisherigen Umfang grenzüberschreitende Dienstleistungen zu

erbringen, werde von Art. 121a BV nicht verlangt. Obwohl es vor allem unsere Nachbarländer seien, welche von der Möglichkeit der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung profitierten, stelle sich die Frage, ob es politisch geschickt sei, diese Drohkulisse aufzubauen.

Änderung Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz – Arbeitszeiterfassung

Gesellschaftliche Lebensformen haben zu flexiblen Arbeitszeitmodellen geführt, die sich häufig nicht mit einer detaillierten Arbeitszeiterfassung vereinbaren lassen. Im Vordergrund stehen – insbesondere auch bei international tätigen Mitarbeitenden – flexible Arbeitszeitmodelle, Home-Office und andere unkonventionelle Arbeitsformen, wohingegen die gesetzestreue Arbeitszeiterfassung bei vielen Arbeitnehmenden selbst auf Unverständnis stösst. Das flexible und ausgewogene Arbeitsrecht sei eine der Stärken des schweizerischen Wirtschaftsstandortes und nütze im Ergebnis beiden Seiten, den Arbeitgebenden wie den Arbeitnehmenden. Deswegen wurde eine deutliche Lockerung der Vorgaben für die Arbeitszeiterfassung als überfällig erachtet. Der vorgelegte politische Kompromiss vermöge diesem Anspruch nicht zu genügen, sondern führe nur zu einer Scheinflexibilität, die vielen Unternehmen im Ergebnis nichts bringe. Der Ansatz über das Instrument der Gesamtarbeitsverträge lasse

alle Akteure des Wirtschaftslebens ausser Acht, die ihre Arbeitsbeziehungen nicht mittels dieses Instruments regeln. Entgegen der zugrundeliegenden Annahme seien die Gewerkschaften nicht Garanten des Arbeitsfriedens in der Schweiz, sondern der enge Einbezug der Belegschaften in die organisatorischen Strukturen der Firmen. Angesichts der zusehends fehlenden Vertretungsberechtigung der Gewerkschaften und des guten Funktionierens von betriebsinternen oder individuellen Regelungen müsse der Lösungsansatz hinsichtlich einer Lockerung der Vorschriften zur Arbeitszeiterfassung neu auf der betrieblichen Stufe angesiedelt werden, und zwar ohne jeden Einbezug der Gewerkschaften. Solche Betriebsvereinbarungen müssten die gesundheitspolizeilichen Grundzüge des Arbeitsgesetzes anerkennen und die Voraussetzungen regeln, unter welchen ein Verzicht resp. eine Flexibilisierung der Arbeitszeiterfassung möglich sei. Der heute gewählte Ansatz eines AHV-pflichtigen Jahresmindesteinkommens von CHF 120'000.00 sei nicht zielführend, da das Bedürfnis nach dieser Flexibilität nicht zwingend mit einem gewissen Mindesteinkommen korreliere. Bei einer solchen Regelung wäre vorzusehen, dass auch bei Vorliegen einer entsprechenden Betriebsvereinbarung nur dann von der heute gültigen Arbeitszeiterfassung abgewichen werden könnte, wenn die Arbeitnehmerin resp. der Arbeitnehmer dies so akzeptiere und damit im Einzelvertrag der Verzicht zur

Arbeitszeiterfassung oder allenfalls deren flexiblere Handhabung vereinbart werde.

Gesamtschau Sportförderung des Bundes

Einleitend wurde die Bedeutung des Tourismus als wichtigste Einnahmequelle und Exportbranche des Kantons Graubünden dargelegt, indem rund 40 % des kantonalen BIP direkt oder indirekt vom Tourismus abhängen. Gesamtschweizerisch gehöre der Tourismus zudem zu den sechs wichtigsten Exportbranchen. Zum Konzept wurde beanstandet, dieses lege die Priorität des Bundes auf den Ausbau der nationalen Sportzentren Magglingen und Tenero. Da indessen aus touristischer Sicht dem Schneesport eine erhebliche Bedeutung zukomme, müsse auch das nationale Schneesportzentrum (NSSZ) mit Priorität vorangetrieben werden. Zudem zeigten neuere Untersuchungen, dass das Interesse der Kinder und Jugendlichen am Schneesport in den letzten Jahren zurückgegangen sei. Diesem Trend müsse Gegensteuer gegeben werden. Langlauf, Ski Alpin, Ski Freestyle und Snowboard gehörten neben zehn weiteren Sportarten zu den in der Schweiz bedeutendsten Sportarten. Diverse Gründe sprächen für ein NSSZ auf der Lenzerheide. Die knappen finanziellen Ressourcen liessen die Realisierung von zwei oder drei Schneesportzentren in der Schweiz nicht zu. Im umfangreichen Bewerbungsprozess habe das

Projekt auf der Lenzerheide die Anforderungen am besten erfüllt. Der Kanton Graubünden sei bereit, das NSSZ mit einem Investitionsbeitrag von CHF 10 Mio. zu unterstützen und das Grundstück würde von der Standortgemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt. Zudem unterstützten die Ostschweizer Regierungskonferenz und der Kanton Zürich den Standort Lenzerheide.

Anhörung neues Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständerecht

In Anlehnung an den Verband Bündner Fleischfabrikanten wurde der Abbau von Handelshemmnissen begrüsst. Mit diesem Ziel lasse sich die Weitergeltung der spezifischen Schweizer Vorschriften betreffend Angabe des Produktionslandes und Angabe der Rohstoffherkunft allerdings nicht vereinbaren. Dieselbe Feststellung gelte für das weitere Ziel der Revision, nämlich die Gewähr für einen guten Schutz der Konsumenten. Dafür brauche es wohl Datenbanken wie in der EU. Solche seien aber nicht vorgesehen, stattdessen würden übertriebene Deklarationsvorschriften aufgestellt, die für zusammengesetzte Produkte schlichtweg unpraktikabel seien. Zum Anhang zur Zusatzstoffverordnung, welcher festhält, welche Zusatzstoffe für welche Produkte in welchem Umfang verwendet werden dürfen, wurde beanstandet, bei der Zugabe von Kalium- und Natriumnitrat

werde als Beispiel lediglich «Rohschinken» aufgeführt. Wiederholt sei aber gefordert worden, dass an dieser Stelle auch das Produkt «Bündnerfleisch» oder «Bindenfleisch» oder «getrocknetes Rindfleisch» erwähnt werde.

Stärkung der höheren Berufsbildung – neue Finanzierung der Vorbereitungskurse

Einleitend wurde bedauert, dass es nicht gelungen sei, in einem partnerschaftlichen Ansatz für die Finanzierung der höheren Berufsbildung eine ganzheitliche Lösung zu erarbeiten. Dies führe nun zu Verzerrungen und Ungleichbehandlung der Studierenden. Im Bereich der höheren Fachschulen hätten die Kantone in dieser Zeit eine Konkordanzlösung erarbeitet, welche künftig sowohl die Freizügigkeit zwischen den Kantonen als auch eine fünfzigprozentige Unterstützung pro Teilnehmenden von HF-Bildungsgängen sichere. Die für die KMU-Wirtschaft und die OdA ebenso zentralen Vorbereitungskurse auf Berufs- und höhere Fachprüfungen seien in dieser kantonalen Vereinbarung nicht mehr einbezogen, sondern sollten nun mit und in einem völlig neuen System finanziell unterstützt werden, indem den sich zu einer Berufs- oder höheren Fachprüfung angemeldeten Absolventen direkt ein Beitrag von maximal 50 % an die Kursgebühren bezahlt und dazu ein Informations- resp. Kontrollsystem eingeführt werden soll. Es

sei zwar erfreulich, wenn der Bund anerkenne, dass auch Vorbereitungskurse zum System der höheren Berufsbildung gehörten, allerdings müssten die Auswirkungen dieser Neuerung dann auch verfolgt werden. In Würdigung des vorgesehenen Paradigmenwechsels bei der Finanzierung der Vorbereitungskurse wurde der Schluss gezogen, der vorgeschlagene Gesetzesentwurf könne ein Schritt in die richtige Richtung sein und grundsätzlich befürwortet werden. Sollte der Systemwechsel dazu führen, dass die Prüfungsträger eine finanzielle Mehrbelastung erfahren, es zu einem Angebotsabbau bei den Berufs- und höheren Fachprüfungen oder einem Trend Richtung vermehrtem Angebot von Studiengängen an Fachhochschulen (CAS, DAS und MAS) oder höheren Fachschulen komme, werde der politische Weg eingeschlagen werden müssen, um das System wieder zu korrigieren. Sodann wurden noch einige konkrete Änderungsanträge gestellt.

VERNEHMLASSUNGEN KANTON GRAUBÜNDEN

Revision Wirtschafts- entwicklungsgesetz

In Ergänzung zu früheren Stellungnahmen wurde die Forderung bekräftigt, keine Unternehmen in Form von Geldspritzen auf breiter Basis quasi nach dem Giesskannenprinzip zu unterstützen. Jedes Unternehmen müsste für sich selbst die Verantwortung übernehmen, zudem würden solche Geldspritzen alle anderen Unternehmen und die Kantonsfinanzen belasten. Hinzu komme, dass der Erfolg wirtschaftspolitischer Massnahmen nicht messbar sei. Dabei werde nicht verkannt, dass es sich bei solchen finanziellen Unterstützungen eigentlich um Risikokapital handle, was von vornherein die Möglichkeit eines Scheiterns impliziere. Auch der Misserfolg der Sägerei in Domat/Ems beeinflusse die entsprechende Haltung nicht, zumal dies für uns nicht primär ein Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung war, sondern dieses Vorhaben vor allem aus forstwirtschaftlichen Motiven unterstützt wurde, dies um die Forstbetriebe endlich wirtschaftlich arbeiten zu lassen und nicht über die Gemeinden quersubventionieren zu müssen. In diesem Lichte sei zu hoffen, dass am Standort Domat/Ems eine mit einer

neuen, auf die Bedürfnisse der Bündner Forstwirtschaft angepassten Sägerei ihren Betrieb wieder aufnehmen werde. Eine solche Sägerei und generell die Forstwirtschaft würden aber nur Erfolg haben, wenn die Forstbetriebe der Gemeinden privatisiert oder zumindest die Holzschläge öffentlich ausgeschrieben würden, was auch jungen, innovativen Holzunternehmen für die nächste Generation Chancen eröffnen würde. Auf jeden Fall müsse der Staat alle Versuche abwehren, die darauf abzielten, unternehmerische Verantwortung ganz oder teilweise auf die öffentliche Hand zu übertragen. Die Erfahrung zeige, dass sie – sofern damit nicht die richtigen Impulse ausgelöst werden – auf die Dauer die Wirtschaft schwächten und den Wohlstand der Bevölkerung verminderten. Dass mit Wirtschaftsförderungsmassnahmen keine «Wunder» bewirkt werden könnten, zeige das im Vergleich zum Rest der Schweiz ungenügende Wachstum in Graubünden. Die Wirtschaftsförderung – oder besser die Wirtschaftspolitik – im Kanton müsse daher grundlegend überdacht werden. Die heutige Wirtschaftsförderung mit ihren finanziellen Beiträgen richte ihren Fokus in der Tendenz auf finanziell schwach ausgestattete Unterneh-

men. Und für Unternehmen, welche auf die finanzielle Unterstützung der Wirtschaftsförderung gar nicht angewiesen wären, würden die Mitnahmeeffekte gefördert. Wirtschaftsförderung müsste darauf abzielen, «Stärken zu stärken». Deshalb müsse sich die Wirtschaftsförderung auf die Ansiedlung resp. «Förderung» von Unternehmen fokussieren, welche mit Innovation, Investitionen, hoher Wertschöpfung und qualifizierten Arbeitsplätzen hohe Gewinne erzielten, und diesen steuerliche Anreize für einen Verbleib oder einen Zuzug in den Kanton gewähren. Mitnahmeeffekte durch einzelbetriebliche Förderung seien zu unterbinden, denn förderungswürdige Unternehmen bräuchten keine öffentlichen Gelder. Auch die in der Vorlage vorgesehene Exportbasierung schliesse eine Wettbewerbsverzerrung innerhalb des Kantons nicht aus. Und wenn schon Banken und Risikokapitalgeber bei der Beurteilung der Marktchancen und Nachhaltigkeit an ihre Grenzen stössten, so seien Zweifel angebracht, ob die entsprechende Kompetenz bei der öffentlichen Hand vorhanden sei. Damit liege auf der Hand, dass, wenn das qualitative Wachstum und die Wertschöpfung im Kanton erhöht werden wollten, hierfür zusätzlich auch

qualifizierte Arbeitsplätze im technischen und industriellen Sektor zu schaffen seien. Dies müsste das primäre Ziel bündnerischer Wirtschaftsförderung sein, nicht die Stützung der Schwachen ohne klare Strategie und mehr oder weniger nach dem Zufallsprinzip. Eine klare, von der Regierung des Kantons vorgegebene Strategie müsste aufzeigen, welche die für den Kanton wichtigen Branchen sind und welche Aktivitäten (Aus- und Weiterbildung, Diversifikation, Innovation, Internationalisierung) unterstützt werden sollten. Ein Ansatz für eine zeitgemässe Förderung bestehe dort, wo mit der Förderung ein wesentlicher Impact für eine Branche oder eine Region und damit breiter volkswirtschaftlicher Nutzen, z. B. für nachgelagerte Unternehmen, das Bau- und Ausrüstungsgewerbe, die Hochschule, die Forschung etc. ausgelöst werden könnten. Dies könne beispielsweise die Förderung eines Leuchtturms oder eines Clusters sein. Eine solche Ausnahme von der einzelbetrieblichen Förderung – oder besser gesagt, eine solche Investition in ein Leuchtturmprojekt im übergeordneten volkswirtschaftlichen und allenfalls im Brancheninteresse – sei sehr restriktiv anzuwenden und könne nur dann zugelassen werden, wenn mit der Förderung keine bestehenden Unternehmen konkurrenziert würden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der gleichen oder in anderen Branchen in Aussicht ständen.

ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN

Zu diversen eidgenössischen und kantonalen Vorlagen wurden folgende **Abstimmungsparolen** abgegeben:

Eidgenössische Abstimmungen	Parole	Resultat CH	Resultat GR
8. März 2015			
Volksinitiative vom 5. November 2012 «Familien stärken» – Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen	Nein	75,4 % Nein	78,18 % Nein
Volksinitiative vom 17. Dezember 2012 «Energie- statt Mehrwertsteuer»	Nein	92 % Nein	93,06 % Nein
14. Juni 2015			
Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich	keine	61,9 % Ja	53,87 % Ja
Volksinitiative vom 20. Juni 2012: «Stipendieninitiative»	keine	72,5 % Nein	77,23 % Nein
Volksinitiative vom 15. Februar 2013: «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»	Nein	71 % Nein	76,02 % Nein
Änderung vom 26. September 2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG)	Nein	50,1 % Ja	50,85 % Ja
Kantonale Abstimmungen			
8. März 2015			
Ergänzungsneubau Mensa und Mediothek für die Kantonsschule sowie Kulturgüterschutzräume für das Amt für Kultur (Verpflichtungskredit von CHF 27 Mio.)	keine		61,59 % Ja
14. Juni 2015			
Teilrevision Kantonsverfassung, neuer Art. 83a (Umsetzung der am 22. September 2013 angenommenen kantonalen Volksinitiative «Ja zu sauberem Strom ohne Kohlekraft»)	keine		80,89 % Ja

Nationalrats- und Ständeratswahlen 2015

In den Ständerat wurden die von der Handelskammer unterstützten Stefan Engler (CVP) und Martin Schmid (FDP) in ihrem Amt bestätigt.

Für die fünf zu vergebenden Nationalratssitze haben sich in Graubünden 70 Kandidatinnen und Kandidaten auf 15 Listen beworben. Gewählt wurden die von der Handelskammer unterstützten Heinz Brand, Martin Candinas, Duri Campell und Madgalena Martullo-Blocher, ferner Silva Semadeni.

ZUSAMMENARBEIT

Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden

Seit Juli 2008 sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden – Bündner Gewerbeverband, hotelleriesuisse Graubünden sowie Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden – mit ihren Geschäftsstellen in den gemeinsamen Räumlichkeiten Hinterm Bach in Chur domiziliert. Der regelmässige Gedankenaustausch ist damit institutionalisiert und die Zusammenarbeit zwischen den Geschäftsführern funktioniert ausgezeichnet. Die Bündner Regierung schätzt diese enge Zusammenarbeit. Sie hat die Dachorganisationen am 28. April 2015 zum 19. Mal in Folge zu einer gegenseitigen Aussprache eingeladen. Zu den Aktivitäten der Dachorganisationen gehört die Durchführung von gemeinsamen Anlässen, Abgabe von Vernehmlassungen oder Öffentlichkeitsauftritte, womit das Gewicht der Stimme der Wirtschaft verstärkt

DACH
ORGANISATIONEN
Wirtschaft Graubünden

wird. So führten die Verbände am 9. Februar 2015 im voll besetzten GKB Auditorium eine Diskussion zum Nutzen der zweiten Gotthardröhre durch. In seinem Referat legte der Bündner Verkehrsdirektor Dr. Mario Cavigelli dar, weshalb die Bündner Regierung den Bau eines Sanierungstunnels am Gotthard unterstützt. An der von SRF-Redaktorin Stefanie Hablützel geführten Podiumsdiskussion diskutierten Jon Pult, Präsident der Alpen-Initiative und SP Graubünden, Verkehrsingenieur Peter Hartmann, Ständerat Stefan Engler und Anwohner Christian Hössli. Wir bedanken uns bei Jürg Michel, Jürg Domenig, Urs Schädler und Ernst «Aschi» Wyrtsch für die gute Zusammenarbeit.

PULS

Die GKB, Somedia, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, der Bündner Gewerbeverband, hotelleriesuisse Graubünden sowie Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden sind seit 1997 gemeinsam Herausgeber der Wirtschaftspublikation PULS. Im Berichtsjahr erschienen zwei Ausgaben, die sich mit Graubündens Innovationsfähigkeit sowie der Bedeutung



von Grossanlässen in unserem Kanton beschäftigten. Der traditionelle PULS-Anlass fand am 18. November 2015 im GKB Auditorium in Chur statt. Zu Gast war Arno Del Curto, der langjährige Trainer des HC Davos. Er gab einen sehr persönlichen Einblick in sein Berufsleben. Wer über zwei Jahrzehnte am gleichen Ort eine Führungsposition, in welcher es viele seiner Kollegen nur wenige Monate aushalten, erfolgreich besetzen kann, muss ganz besondere Eigenschaften und Talente haben. Das bunt gemischte Publikum, vom ambitionierten Nachwuchstrainer über den HCD-Fan bis zum grossen Wirtschaftsführer, musste im voll besetzten Saal sein Kommen nicht bereuen. Auf unterhaltsame, aber auch tief sinnige Art gelang es Sportjournalist Jürg Feuerstein, der den HCD seit vielen Jahren auf Radio Südostschweiz begleitet, den Engadiner aus der Reserve zu locken.

Wirtschaftsgruppe des Grossen Rates

Mitglieder der Wirtschaftsgruppe des Grossen Rates sind 60 Grossrätinnen und Grossräte der SVP, FDP, CVP und BDP, die das 7-Punkte-Programm der Dachorganisationen unterzeichnet haben. Die Mitglieder der Wirtschaftsgruppe engagieren sich in Kommissionen und im Rat für gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Zu diesem Zweck findet auch ein regelmässiger Austausch mit den Mitgliedern der Wirtschaftsgruppe statt.



Bild: BGV



Bild: BGV

Weitere Partner

Die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden streben die regelmässige Zusammenarbeit und den Austausch mit vielen Partnern an. Dazu gehören die Interessengemeinschaft Tourismus (ITG), das Wirtschaftsforum Graubünden, das Amt für Wirtschaft und Tourismus, Graubünden Ferien und diverse Bildungsinstitutionen, vorab die HTW, die ibW Höhere Fachschule Südostschweiz und die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen. In vielen Organisationen sind die Dachorganisationen der Wirtschaft mit ihren Mitgliedern in den Führungsgremien vertreten. Allen diesen Partnern danken wir für die gute Zusammenarbeit.

VERBANDSAKTIVITÄTEN



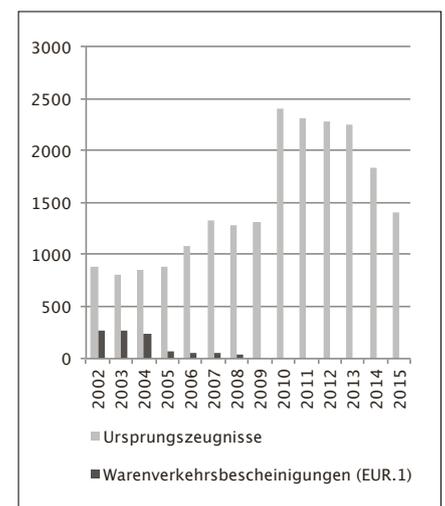
Zu den wichtigen Tätigkeiten des Sekretariats gehörte auch im Berichtsjahr die Verfassung von **Vernehmlassungen** an den Kanton Graubünden, an *economiesuisse* sowie an den Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ferner wirkte der Sekretär in **Abstimmungskomitees** mit, im Berichtsjahr unter anderem zur Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» und zur Erbschaftssteuer-Initiative. Zu den Schwerpunkten der Tätigkeit gehörte ferner die Mitarbeit bei der Erarbeitung eines Positionspapiers zur Frankenstärke sowie die Lancierung der Olympiakandidatur für 2026. Zudem war der Sekretär Mitglied diverser Kommissionen, welche wirtschaftspolitisch relevante Themen behandel-

ten. Zum weiteren Aufgabenbereich des Sekretariats gehörte die **Vertretung** des Verbandes bei verschiedenen Anlässen, in Arbeitsgruppen und Leitungsgremien anderer Organisationen.

Beim **Ursprungszeugnisdienst** wurden im Berichtsjahr 1398 Ursprungszeugnisse, Rechnungen, Tatsachenbescheinigungen etc. (Vorjahr 1835), hingegen keine Warenverkehrsbescheinigungen (Vorjahr 0) beglaubigt. Der massive Rückgang an ausgestellten Exportdokumenten ist zurückzuführen auf das im Vorjahr in Kraft getretene Freihandelsabkommen mit China, von welchem diverse Exportgüter aus Graubünden erfasst sind,

sodass für den Export keine Ursprungsdokumente mehr benötigt werden. Die Carnet-ATA, Zollbürgschaften für Warenmuster etc., wurden durch die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell, die Handelskammer Zürich sowie die Tessiner Handelskammer ausgestellt.

Mit der Überweisung des Auftrags Cavegn sind die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden beauftragt worden, eine neue Olympiakandidatur für 2026 zu lancieren. Zu diesem Zweck haben die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (Bündner Gewerbeverband, *hotelleriesuisse* Graubünden, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden) den Verein **Olympia 2026** gegründet und die Verantwortung für den Projekt-



auftrag und die Kommunikation gegenüber der Politik übernommen. Andreas Wieland wurde als Projektleiter für die Einsetzung eines Kernteams und die Ausarbeitung des Dossiers eingesetzt. In einer Begleitgruppe mit beratender Funktion wurden nach Möglichkeit sämtliche Regionen und potenziellen Austragungs- und Dienstleistungserbringungsorte sowie weitere interessierte resp. zu integrierende Kreise in die Projektarbeiten miteinbezogen, um so eine breite Abstützung in der Bevölkerung des ganzen Kantons zu erreichen.

Der **Mitgliederbestand** betrug per Ende des Berichtsjahres **502** (503) Mitglieder, wovon über die Kollektivmitgliedschaft ihrer Branchenverbände 47 Bergbahnen, 82 Zahnärzte und 14 Raiffeisenbanken.

Im Berichtsjahr wurden acht **«HK-News»** herausgegeben, in welchen die Mitglieder mit aktuellen Informationen bedient wurden.

Ferner wurden im Berichtsjahr **Veranstaltungen** durchgeführt oder mit anderen Organisationen angeboten. Zudem haben wir diverse **Weiterbildungsveranstaltungen** befreundeter Organisationen angeboten, insbesondere im Bereich des Exports.

Bei der **Öffentlichkeitsarbeit** wurden die Medien zu diversen Fragen und Vorlagen, zu denen sich unser Verband alleine oder zusammen mit Partnern geäußert hat, mit Communiqués

bedient. Ferner haben sich die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden im Berichtsjahr auch dreimal im «Bündner Tagblatt» unter der Rubrik «Klartext» geäußert.

Das Sekretariat vermittelte auch im Berichtsjahr beinahe täglich **Auskünfte** aller Art an Mitglieder und auch an Nichtmitglieder, vorwiegend im Bereich des Exports, des Arbeitsrechts sowie der Kontaktvermittlung.

Auch in diesem Berichtsjahr haben wir die an verschiedenen Mittelschulen unseres Kantons durchgeführten **Wirtschaftswochen** finanziell unterstützt.

Für den **Businessplan-Wettbewerb an der HTW Chur** haben wir den Preis für den 1. Rang gestiftet.

Zur gerichtlichen Anfechtung der Ablehnung der **Fremdsprachen-Initiative** ist dem Initiativkomitee ein finanzieller Beitrag geleistet worden.

Als Mitglied von **economiesuisse** und des **Schweizerischen Arbeitgeberverbandes** stehen wir mit diesen Organisationen in regelmässigem Kontakt, vor allem im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren. Dabei steht für uns das Einbringen der spezifisch bündnerischen Interessenlage in die Meinungsbildung der beiden genannten Organisationen im Vordergrund.

Als Partner von **Switzerland Global Enterprise** (vormals OSEC) erbringt

unser Verband diverse Dienstleistungen im Interesse der exportierenden Unternehmen.

Beim **Kanton Graubünden** sind es vor allem das Amt für Wirtschaft und Tourismus, das Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, das Amt für Berufsbildung sowie die Steuerverwaltung, mit welchen wir in regelmässigem Kontakt stehen.

Im **Verein Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK)** sind alle 18 Industrie- und Handelskammern der Schweiz sowie jene des Fürstentums Liechtenstein angeschlossen. Dieses Netzwerk dient der Steigerung von Effizienz und Effektivität der einzelnen Kammern sowie der Vertretung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Anliegen auf eidgenössischer Ebene. Vereinzelt werden auch gemeinsame Vernehmlassungen und Positionsbezüge abgegeben, nämlich bei Vorlagen von gesamtschweizerischem Interesse, bei welchem sämtliche Wirtschaftsregionen in gleicher Weise betroffen sind.

Über die Datenbank **SWISSFIRMS** ist es möglich, unsere Mitglieder nach verschiedensten Kriterien zu selektieren und deren Adressen zu erwerben. Zudem bietet SWISSFIRMS diverse Dienstleistungen an, welche ausschliesslich Handelskammermitgliedern vorbehalten sind.

Auch dieses Jahr wurde der Verein **Marke «graubünden»** unterstützt. Mit dem geleisteten finanziellen Bei-

trag wird sämtlichen Mitgliedfirmen ermöglicht, die Marke «graubünden» im reglementarisch vorgesehenen Rahmen unentgeltlich zu benutzen.

Im Mittelpunkt der gut besuchten **Generalversammlung** vom 13. November 2015 stand die Verabschiedung unseres langjährigen Präsidenten Ludwig Locher sowie ein Referat von Hansueli Loosli, Verwaltungsratspräsident von Swisscom AG und Coop, zum Thema «Der Handel in der Pionierrolle – Coop in Graubünden».

Unter dem Vorsitz von Präsident Ludwig Locher ist der **Vorstand** zu vier Sitzungen zusammengetreten, ferner wurden Beschlüsse auf dem Zirkulationsweg gefasst. Zu verschiedenen Sachgeschäften wurden Kommissionsitzungen abgehalten oder Zirkulationsbeschlüsse gefasst. Zudem haben verschiedene Vorstandsmitglieder auch in ad hoc gebildeten Arbeitsgruppen mitgearbeitet und in den Gremien diverser Organisationen Einsitz genommen.

Mutationen im Vorstand ergaben sich durch das Ableben des langjährigen Präsidenten und Ehrenmitglieds Dr. Theophil von Sprecher sowie die Demission von Vizepräsident Martin Hug. Neu in den Vorstand gewählt wurde Jürg Züst von der Cedes AG.

BERICHT DER AHV-AUSGLEICHSKASSE FÜR GEWERBE, HANDEL UND INDUSTRIE IN GRAUBÜNDEN/GLARUS

EINLEITUNG

Seit 68 Jahren ist die Organisation der AHV ein Erfolgsmodell. Die Vorteile einer national definierten Versicherung zusammen mit unserer Arbeit als Ausgleichskasse vor Ort zeigen nach wie vor Wirkung.

Die letzte AHV-Reform wurde vor mehr als 20 Jahren durchgesetzt und in den folgenden Jahren sind verschiedene Reformpläne immer wieder gescheitert. Jetzt, zum zweiten Mal in Folge, fällt die AHV in die roten Zahlen. Ohne Gegensteuer wird sich dieser Trend nicht nur fortsetzen, sondern massiv beschleunigen. Den Bedarf einer Reform bezweifelt niemand. Über die Massnahmen, welche nötig sind, um die Negativspirale zu stoppen, scheiden sich die Geister der Parteien, Politologen, Experten und auch Interessenverbände. Dennoch ist die Forderung des Arbeitgeberverbandes und des Schweizerischen Gewerbeverbandes klar: Den Worten müssen Taten folgen und die hängige Reform muss rasch und ernsthaft angegangen werden.

Bisher konnten sämtliche AHV-Reformen und unzählige anspruchsvolle Gesetzesänderungen wie z.B. Freizügigkeitsabkommen, ATSG, Einfüh-

rung der neuen Versichertennummer, EO- und FAK-Register usw. immer in der vom Gesetzgeber gewünschten Form und innert Frist pünktlich, stets korrekt umgesetzt werden. Mit grosser Zuverlässigkeit, hoher Professionalität und zu konstant sehr kostengünstigen Betriebskosten hat sich das System der Ausgleichskassen nicht nur für die AHV bewährt. Auch die IV, die EO, die MSE, die Familienzulagen, die ALV und viele weitere Teilaufgaben der sozialen Sicherheit werden von den AHV-Ausgleichskassen betreut.

Die vorliegende Reform 2020 wird dieses System stärken und zeitgemäss gestalten. Es muss aber erwähnt werden, dass die Umsetzung der Reform technisch sehr komplex ist und gleichzeitig einen hohen Beratungsaufwand für die Versicherten mit sich bringen wird.

Für die Ausgleichskassen bedeutet dies eine sehr grosse Herausforderung. Die Reform ist sicher mit deutlichen Zusatzkosten im Bereich der Umsetzung verbunden. Als Beispiel soll das relativ anspruchsvolle System mit einem Teilbezug der Rente erwähnt werden. Dass der Prozentsatz während des Vorbezugs respektive des Aufschubs noch

ändern kann, wird das ganze Verfahren noch teurer, komplizierter und intransparenter machen. Die vielen unterschiedlichen Fristen, Varianten und komplexen Vorausberechnungen bei Ehepaaren bedingen erhebliche Informatikanpassungen, bringen hohen Beratungsaufwand und können allenfalls auch Fehlanreize schaffen.

Wir wissen, dass die Anforderungen an Flexibilität und Fachkompetenz unserer Mitarbeitenden weiterhin sehr hoch sein wird. Unsere Motivation bleibt, die Komplexität der Materie den Menschen kompetent und kundenfreundlich zu vermitteln und qualitative und kostengünstige Dienstleistungen für die Bevölkerung und die Wirtschaft in Graubünden zu erbringen.

Wir danken unseren Kunden und Versicherten für das Vertrauen. Wir werden alles daran setzen, dieses Vertrauen auch in Zukunft wieder zu rechtfertigen. Ebenfalls geht unser Dank an alle Mitarbeiter für ihr grossartiges Engagement sowie an den Kassenvorstand für die Unterstützung.

KENNZAHLEN 2015

	2015	2014
Mitglieder		
Arbeitgeber und Selbstständigerwerbende	1424	1367
Nichterwerbstätige	173	149
BEITRÄGE		
AHV-Beiträge	95 414 935	93 197 350
FAK-Beiträge	14 438 286	16 102 658
FAMILIENZULAGEN		
Familienzulagen	14 711 219	14 281 126

BETRIEBSRECHNUNG 2015

	2015	2014	Differenz %
AHV-Beiträge			
AHV/IV/EO	95 414 935	93 197 350	2,4
Abschreibungen	- 61 132	- 16 724	265,5
Zinsen	69 200	88 101	- 21,5
Total Beiträge	95 423 003	93 268 727	2,3
ALV-Beiträge			
Arbeitslosenversicherung	18 704 638	18 220 788	2,7
Abschreibungen	- 8 413	0	100,0
Dienstleistungsentschädigung	- 57 173	- 57 629	- 0,8
Total ALV-Beiträge	18 639 052	18 163 159	2,6
FAK			
FAK-Beiträge	14 438 286	16 102 658	- 10,3
Familienzulagen	- 14 711 219	- 14 281 126	3,0
Abschreibungen	- 8 037	- 1 421	465,6
Total FAK	- 280 970	1 820 111	- 115,4
AHV-Leistungen			
Ordentliche Renten	67 548 388	66 100 578	2,2
Hilflosenentschädigungen	590 775	667 817	- 11,5
Abschreibungen	0	19 958	- 100,0

JAHRESRECHNUNG 2015

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Bilanz per		31.12.2015		31.12.2014	
AKTIVEN					
	Konto	CHF	%	CHF	%
Kassa	1000	105.65		138.30	
Postkonto Chur 70-467-6	1010	105'650.10		179'549.15	
GKB Chur CA 053.788.800	1020	23'339.41		11'386.66	
UBS Chur 208-Q0814960.0	1025	13'703.89		13'702.19	
GKB Chur CK 053.788.800	1040	16'250.80		6'344.80	
Credit Suisse Chur 160756-90	1045	1'059.16		1'058.98	
Coop Bank Chur 2564.4493.2001	1055	12'516.45		12'502.35	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1052	43'840.30		33'060.35	
Andere Forderungen	1060	4'334.55		4'256.90	
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1300	0.00		0.00	
Umlaufvermögen		220'800.31	33.6	261'999.68	40.5
Wertschriften mit Kurswerten	1050	435'711.30		385'679.85	
Qualitätsschutzmarke	1080	0.00		0.00	
Anlagevermögen		435'711.30	66.4	385'679.85	59.5
TOTAL AKTIVEN		656'511.61	100.0	647'679.53	100.0
PASSIVEN					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2000	57'022.05		20'494.85	
Passive Rechnungsabgrenzungen	2090	0.00		3'000.00	
Fremdkapital		57'022.05	8.7	23'494.85	3.6
Verbandskapital per 1.1.	2100	624'184.68	95.1	572'672.91	88.4
Jahreserfolg		-24'695.12	-3.8	51'511.77	8.0
Eigenkapital		599'489.56	91.3	624'184.68	96.4
TOTAL PASSIVEN		656'511.61	100.0	647'679.53	100.0

Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Erfolgsrechnung		2015		2014	
ERTRAG		CHF	%	CHF	%
Mitgliederbeiträge	3000	143'020.00		146'854.65	
Beglaubigungen	3010	90'373.05		156'430.03	
Diverse Einnahmen	3100	691.60		23.80	
TOTAL BETRIEBSERTRAG		234'084.65	100.0	303'308.48	100.0
AUFWAND					
Verwaltungsaufwand		-145'735.10	-62.3	-144'249.65	-47.6
Saläre	5000	-98'222.40		-98'222.40	
Sozialkosten	5070	-29'500.50		-25'376.95	
Büromiete	6000	-4'800.00		-4'800.00	
Büromaterial und Drucksachen	6500	-9'612.35		-12'318.25	
Porti und Telefon	6510	-2'416.85		-2'089.35	
Abonnemente	6520	-1'183.00		-1'442.70	
Werbung und Repräsentation		-117'516.70	-50.2	-115'306.60	-38.0
Inserate und Werbung allgemein	6600	-8'359.25		-702.70	
Beiträge	6620	-25'673.00		-27'745.85	
Projektbeiträge	6630	-56'195.00		-61'857.00	
Sitzungs- und Reisespesen	6660	-7'947.40		-9'387.90	
Veranstaltungen	6670	-12'140.80		-7'635.45	
Diverse Ausgaben	6700	-7'201.25		-7'977.70	
Betriebliches Ergebnis vor Steuern und Zinsen (EBIT)		-29'167.15	-12.5	43'752.23	14.4
Finanzerfolg		11'888.98	5.1	11'848.04	3.9
Finanzaufwand	6800	-530.20		-406.40	
Finanzertrag	6850	12'419.18		12'254.44	
Ausserordentlicher Erfolg		-4'320.00	-1.8	0.00	0.0
Ausserordentlicher Erfolg	6900	-4'320.00		0.00	
Direkte Steuern		-3'096.95	-1.3	-4'088.50	-1.3
JAHRESERFOLG		-24'695.12	-10.5	51'511.77	17.0



REVISORENBERICHT 2015

Bericht der Rechnungsrevisoren

über die Vereinsrechnung an die Mitgliederversammlung des Vereins Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden, 7000 Chur

Als Rechnungsrevisoren haben wir die Buchführung und die Vereinsrechnung, bestehend aus Bilanz und Erfolgsrechnung des Vereins Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden mit Sitz in Chur für das am **31. Dezember 2015** abgeschlossene Vereinsjahr geprüft.

Für die Vereinsrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen und zu beurteilen.

Aufgrund unserer stichprobenweise vorgenommenen Prüfungen bestätigen wir, dass

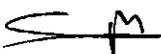
- die Bestandessaldi der Bilanz nachgewiesen sind,
- die Belege mit der Buchhaltung übereinstimmen,
- die Buchhaltung ordnungsgemäss und sauber geführt ist.

Gemäss unserer Beurteilung entspricht die Buchführung und die Vereinsrechnung dem schweizerischen Gesetz und den Statuten.

Geschätzte Vereinsmitglieder, wir empfehlen Ihnen, die vorliegende Vereinsrechnung mit einem Jahresverlust von CHF 24'695.12 und einem Eigenkapital von CHF 599'489.56 zu genehmigen und dem Vorstand und Sekretariat Entlastung zu erteilen unter Verdankung der wertvollen Arbeit für die Wirtschaft Graubünden.

Chur, 11. Juli 2016

Die Rechnungsrevisoren



Beda Capol
Dipl. Wirtschaftsprüfer



André Thomas



Michel Peder

VERBANDSORGANISATION 2015

VORSTAND

EHRENMITGLIEDER

von Sprecher Theophil, Dr. iur., Maienfeld († 16.7.2015)
Campell Chasper, Dr. oec., Sils i. D.
Otto Beck, Zizers

seit 1966
seit 1987
seit 1990



VON DER GENERALVERSAMMLUNG GEWÄHLT

a) Präsidium

Locher Ludwig, Ems-Chemie AG, Domat/Ems, Präsident
Dudli Heinz, Toscano AG, Chur, Vizepräsident
(Präsident seit 13. November 2015)
Hug Martin, Weisse Arena AG, Laax, Vizepräsident

seit 1993

seit 2005
seit 2012



b) Mitglieder

Attinger Bruno, Dr. med. dent., Chur
Berger Stefan, J. Berger AG, Sägerei und Hobelwerk, Seewis-Pardisla
Caprez Christoph, Frostag Food-Centrum AG, Landquart
Frei Ivo, skipp communications AG, Chur
Giovanoli Claudio, Lazzarini AG, Chur
Jäggi Roland, Kuoni Transporte AG, Chur
Lebrument Susanne, Somedia AG, Chur
Müller Reto, Caviezel AG, Davos
Roth Thomas, Graubündner Kantonalbank, Chur
Schmid Urs, Allegra Passugger Mineralquellen AG, Passugg
Truffer Pius, Truffer AG, Vals
Züllig Andreas, Hotel Schweizerhof, Lenzerheide
(Vizepräsident seit 13. November 2015)

seit 2000
seit 2004
seit 2002
seit 2008
seit 2013
seit 2008
seit 2009
seit 2006
seit 2012
seit 2013
seit 2007
seit 2000



VOM VORSTAND KOOPTIERT

Benz Hansruedi, Fleischtrocknerei Churwalden AG, Landquart	seit 2014
Bischof Christoph, Ems-Chemie AG, Domat/Ems (Vizepräsident seit 13. November 2015)	seit 2014
Candinas Meinrad, Candinas SA, Rabus	seit 2014
Davaz Andrea, von Salis AG, Landquart	seit 2014
Tognola Guido, SIP Industrial Promotion SA, San Vittore	seit 2014
Züst Jürg, Cedes AG, Landquart	seit 2015

KOMMISSIONEN

VEU Verkehr, Energie und Umwelt

Christoph Bischof, Meinrad Candinas, Claudio Giovanoli, Roland Jäggi,
Giovanni Jochum, Ludwig Locher, Jürg Züst

ASBIK Arbeit, Soziales, Bildung, Kommunikation

Dr. Bruno Attinger, Ivo Frei, Susanne Lebrument, Jürg Züst

TOURBO Tourismus, Boden, Planung, Land- und Forstwirtschaft

Chasper Campell, Meinrad Candinas, Christoph Caprez, Reto Müller, Pius Truffer,
Andreas Züllig

FIWIS Finanzen, Wirtschaft, Steuern

Christoph Bischof, Christoph Caprez, Heinz Dudli, Claudio Giovanoli,
Ludwig Locher, Jürg Züst

RECHNUNGSREVISOREN

Ordentliche Mitglieder

Beda Capol, Capol & Partner AG, Chur	seit 2002
André Thomas, Müntener & Thomas, Personal- und Unternehmensberatung AG, Chur	seit 2002

Stellvertreter

lic. iur. Michel Peder, Geschäftsführer PederConsulting Versicherungs- & Vorsorgezentrum AG, Chur	seit 2011
--	-----------

SEKRETARIAT

Sekretär

Marco Ettisberger, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar, Chur

seit 1985



Beglaubigungsdienst

Claudia Bulach, Chur

Sinaida Schlegel-Foresta, Chur

Brügger Gianina, Chur

DELEGATIONEN

Ausgleichskasse für Gewerbe, Handel und Industrie

Ludwig Locher, Präsident; Dr. iur. Marco Ettisberger, Ausschuss; Stefan Berger, Christoph Caprez, Jürg Poppel, Daniel Waldvogel, Mitglieder

Kreisprüfungskommission Graubünden

Dr. iur. Marco Ettisberger, Präsident; Beatrice-Manuela Eberle, Dr. med. dent. Christoph Locher

Schulrat der Wirtschaftsschule KV Chur

Dr. iur. Marco Ettisberger, Vizepräsident; Irene Gujan, Dr. med. dent. Christoph Locher, Mitglieder

Interessengemeinschaft Kaufmännische Grundausbildung Graubünden (IGKG)

Dr. iur. Marco Ettisberger

Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW)

Ludwig Locher, Präsident

Vorstand Förderverein Hochschule für Wirtschaft und Tourismus (HTW)

Heinz Dudli, Präsident; Ludwig Locher

ibW Höhere Fachschule Südostschweiz

Peter Scherrer

Tripartite Kommission für flankierende Massnahmen

Daniel Waldvogel

Koordinationsgremium für die KMU-Politik

Christoph Caprez

Kantonales Einigungsamt

Dr. iur. Marco Ettisberger, Obmann

Redaktion «PULS»

Dr. iur. Marco Ettisberger

Marke «graubünden»

Dr. iur. Marco Ettisberger

Stiftungsrat Wirtschaftsforum Graubünden

Heinz Dudli, Ludwig Locher, Susanne Lebrument, Andreas Züllig

Arbeitsgruppe «Raumplanung» von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger

Infrastrukturkommission von economiesuisse

Dr. iur. Marco Ettisberger

Kantonale Schlichtungsbehörde für Gleichstellungssachen

Dr. iur. Marco Ettisberger

Comitato di Sorveglianza – Interreg Italia-Svizzera

Dr. iur. Marco Ettisberger



Jahresbericht 2015, Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden

Adresse: Haus der Wirtschaft | Hinterm Bach 40 | 7000 Chur | Telefon 081 254 38 00 | Fax 081 254 38 09 | www.hkgr.ch

